

Untersuchungen zur Erwachsenenadoption

Die Motive für die Erwachsenenadoption
anhand unveröffentlichter Akten aus Bayern, Baden-Württemberg und
dem Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf

Dissertation

zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Rechtswissenschaft
der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Justus-Liebig-Universität in Gießen

vorgelegt von

Irene Bickler
aus Stuttgart

Staden 1971



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Meinen Eltern

Untersuchungen zur Erwachsenenadoption

Die Motive für die Erwachsenenadoption
anhand unveröffentlichter Akten aus Bayern, Baden-Württemberg und
dem Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf

D i s s e r t a t i o n

zur Erlangung des Grades

eines Doktors der Rechtswissenschaft

der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Justus-Liebig- Universität in Gießen

vorgelegt von

Irene Bickler

aus Stuttgart

Staden 1971

Erstgutachter: Professor Dieckmann

Zweitgutachter: Professor Ramm

Tag der mündlichen Prüfung: 1. Juli 1971



I. Einleitung

Die soziale Aufgabe des Rechtsinstituts der Annahme an Kindes Statt hat in diesem Jahrhundert eine tiefgreifende Wandlung erfahren.

Um 1900 diente sie - entsprechend den vom römischen Recht tradierten Vorstellungen - vor allem den Interessen des Annehmenden; ihm sollte die Möglichkeit geboten werden, sich einen Erben und Namensträger zu verschaffen.

Die Vorteile, die das Institut im Hinblick auf die Unterbringung und Erziehung verlassener Kinder bietet, spielten nur am Rande eine Rolle.¹⁾

Erst durch die Ereignisse der beiden Weltkriege änderte sich diese Betrachtungsweise. Die Adoption wurde mehr und mehr zu einer Maßnahme der Kindesfürsorge, die in erster Linie dazu beitragen sollte, das Los von Waisen, von unehelichen und verlassenen Kindern zu erleichtern.²⁾

Diese Entwicklung, die nicht auf Deutschland beschränkt ist³⁾, betrifft naturgemäß nur die Adoption Minderjähriger. Damit hängt es wohl zusammen, daß in einer Reihe von Staaten⁴⁾ die Adoption Erwachsener nicht möglich ist. Hier ist der fürsorgerische Gedanke allein maßgebend für die Zulassung des Rechtsinstituts.

1) Siehe Mugdan, Materialien zum BGB, Motive S. 505

2) Schnitzerling, StAZ 60, 57; zur Nieden, FamRZ 56, 68; siehe auch Begründung des Regierungsentwurfes eines Gesetzes über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindes Statt, Reichsratsdrucks. 1925 Nr. 108, S. 20;

3) Neuhaus, Europäisches Familienrecht?, in Festschrift für Dölle, Bd. II, S. 419;

4) Siehe unten, Abschnitt II, S. 4.

Die Bundesrepublik Deutschland beschränkt die Annahme an Kindes Statt ebenfalls grundsätzlich auf Minderjährige (§ 1744, BGB)⁵⁾, es besteht jedoch die Möglichkeit der Befreiung, wenn die Herstellung eines Annahmeverhältnisses mit einem Volljährigen "sittlich gerechtfertigt ist" (§ 1745c, BGB).

Das Verbot oder die Beschränkung der Erwachsenenadoption können zwar nicht damit gerechtfertigt werden, daß sie eine der Minderjährigenadoption entsprechende soziale Funktion nicht erfüllt. Denn das Recht eines Staates, die Freiheit seiner Bürger aus reinen Nützlichkeitsbetrachtungen zu beschneiden, muß bestritten werden.

Bedenken ergeben sich aber aus einem anderen Gesichtspunkt: Durch die Annahme an Kindes Statt soll ein dem Eltern-Kind-Verhältnis entsprechendes Familienband hergestellt werden (§ 1754, Abs. 2, Ziff. 2, BGB). Ist dies zwischen erwachsenen Menschen überhaupt noch möglich?

Zwar besteht auch zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern in der Regel eine besonders enge Beziehung, die der Bundesgerichtshof charakterisiert als "das persönliche, insbesondere das innere, seelische Verhältnis, wie es in mannigfachen konkreten Abwandlungen zwischen Eltern und Kindern zu bestehen pflegt."⁶⁾

Diese Beziehung entsteht aber, wenn das Kind noch klein ist. In dieser Zeit, in der es sowohl materiell als auch in seiner geistigen und charakterlichen Entwicklung der Fürsorge und Erziehung der Eltern in besonderem Maße bedarf, entwickelt sich die Bindung zwischen Eltern und Kindern.

5) Seit dem Familienrechts-Änderungsgesetz vom 11. Aug. 1961. Vorher wurde zwischen Erwachsenen- und Minderjährigenadoption nicht unterschieden; Siehe unten Abschnitt III.

6) BGHZ, 75, Urteil vom 5. April 1961

Ein erwachsener, normalerweise schon weitgehend selbständiger, Mensch wird nur selten fähig sein, sich einem anderen wie einem Vater oder einer Mutter anzuschließen.

Auch dem Annehmenden dürfte es schwerfallen, einen fertigen Menschen, dessen Entwicklung er nicht miterlebt hat, als sein Kind anzusehen.

Besteht hingegen schon ein Eltern-Kind-Verhältnis - etwa bei der Adoption eines Pflegekindes -, so fragt es sich, warum erst jetzt dieses Verhältnis legalisiert wird.

Der Verdacht liegt nahe, daß es vielfach andere Gründe als nur die Herstellung eines Familienbandes sind, die zur Adoption Erwachsener führen.

Möglich wäre zum Beispiel, daß durch die Adoption ein bestimmter, etwa adliger, Name übertragen werden soll⁷⁾, oder daß sich die Beteiligten steuerliche Vorteile verschaffen wollen⁸⁾.

Mit dieser Arbeit soll der Versuch gemacht werden, die Gründe zu erforschen, die heute zur Adoption Erwachsener führen.

7) Siehe unten Abschnitt III, S. 19, 22

8) Siehe unten Abschnitt III, S. 20, V, S. 50.

II. Rechtsvergleichender Überblick.

Die Erwachsenenadoption findet in den einzelnen Rechtssystemen unterschiedliche Behandlung. Nicht möglich ist sie in den Volkswdemokratien, da hier die Adoption rein fürsorgerischen Charakter hat.⁹⁾ Auch eine Reihe von westlichen Ländern verbieten die Annahme Volljähriger, so Großbritannien¹⁰⁾, Schweden¹¹⁾ und die Niederlande¹²⁾.

Was die außereuropäischen Staaten anbetrifft, so ist auch hier zum Teil nur die Adoption Minderjähriger gestattet, so in Australien¹³⁾, in einer Reihe von nordamerikanischen Staaten¹⁴⁾,

9) DDR: Neuregelung durch die Verordnung über die Annahme an Kindes Statt vom 29. 11. 1956, GBl. DDR I, 1326, jetzt §§ 66-78 des Familiengesetzbuches der DDR vom 20. 12. 65; Sowjetunion: Seit 1926, Art. 57 des Gesetzbuches über die Ehe, Familie und Vormundschaft, RabelsZ 17 (1952), S. 277; die Beschränkung der Adoption auf Minderjährige wurde auch in dem Gesetz vom 27. 6. 1968, in Kraft getreten am 1. 10. 68, den "Grundlagen der Gesetzgebung der Union der SSR und der Unionsrepubliken über Ehe und Familie", nicht geändert. (Jan Peter Waehler, FamRZ 68, 557). Polen: Familien- und Vormundschaftskodex vom 25. 2. 64, Art. 114-127. (Jerzy Grzywacz, FamRZ 65, 529, 532). Rumänien, Ungarn, Bulgarien: Nachweise bei Knur, DNotZ 59, 296.

10) Adoption of Children Act, 1958, Sec. 1 (1)

11) Wahl, Rechtsvergleichendes Handwörterbuch für das Zivil- und Handelsrecht, Bd. 2, 1929, S. 46;

12) Art. 344k lit. a des Bürgerlichen Gesetzbuches i. d. F. vom 26. 1. 1956;

13) Child Welfare Act, 1939, Art. 162;

14) Leavy, The Law of Adoption, 2. Aufl. 1954, S. 30;

Neuseeland¹⁵⁾, Mexiko¹⁶⁾, Ekuador¹⁷⁾ und Argentinien¹⁸⁾.

Beschränkungen unterliegt die Adoption Erwachsener in Österreich. Nach § 180a des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches ist sie nur zu bewilligen, wenn ein gerechtfertigtes Anliegen des Annehmenden oder des Wahlkinds vorliegt.¹⁹⁾

In Frankreich war die Adoption - ebenso übrigens in England - ursprünglich unbekannt. In der französischen Revolution wurde ihre Einführung gefordert, da man sich von ihr eine Nivellierung der Standesunterschiede versprach. Außerdem hoffte man, durch sie die Not verlassener Kinder zu lindern. Unter dem persönlichen Einfluß des damals kinderlosen Napoleon gelangte sie dann in den Code civil.²⁰⁾

Ihr Zustandekommen war jedoch an derart erschwerende Bedingungen geknüpft, daß sie in der Praxis kaum eine Rolle spielte.²¹⁾

15) Campbell, The Law of Adoption in New Zealand, 1952, Zit. nach Wahl, a. a. O.

16) Ancel, L'adoption dans les législations modernes, 1958, S. 15;

17) Adoptionsgesetz vom 5. 11. 1948, Art. 1; RabelsZ 15, (1949/50), S. 571;

18) Gesetz vom 15. 9. 1948, Art. 2 - nur Minderjährige unter 18 Jahren - RabelsZ 17 (1952), S. 260;

19) Seit 1960, Bundesgesetz vom 17. 2. 1960, ÖstGBI. 1960, S. 513 ff. Dazu kritisch Stauer, ÖstNotZ 1960, S. 146, der die Formulierung für zu weit hält.

20) Wahl, Rechtsvergleichendes Handwörterbuch für das Zivil- und Handelsrecht, Bd. 2, 1929, S. 43;

21) Gamillscheg, RabelsZ 18 (1953), S. 508; von 1876-1880 kamen im Durchschnitt 102, im Jahre 1900 50 Adoptionen vor.

Die Adoption Minderjähriger war nur in Form der adoptio testamentaria nach fünfjähriger Pflege des Kindes durch den Annehmenden möglich.

Im übrigen war nur die Adoption Volljähriger möglich. Napoleon war der Ansicht gewesen, ein während seiner Minderjährigkeit adoptiertes Kind könne nach Eintritt der Mündigkeit den Vertrag kündigen. Eine solche, nach damaliger Ansicht unerträgliche, Unsicherheit der Familienverhältnisse sollte vermieden werden.²²⁾

Auch Volljährige konnten nur angenommen werden, wenn der Adoptierende sechs Jahre lang während der Minderjährigkeit des zu Adoptierenden für diesen gesorgt hatte. Erst im Jahre 1923 wurde die Annahme an Kindes Statt erleichtert und nunmehr auch die Adoption Minderjähriger zugelassen.²³⁾

Seit 1939²⁴⁾ gibt es zwei Formen der Kindesannahme: einmal die légitimation adoptive, die nur bei Kindern bis zum 7. Lebensjahr möglich ist. Sie bewirkt ein völliges Ausscheiden aus dem bisherigen Familienverband und ist unwiderruflich (Art. 368ff C. c.). Weiter gibt es die adoption simple, die der Adoption Minderjähriger vom 7. Lebensjahr ab und Erwachsener dient. In ihren Wirkungen ist sie schwächer als die adoption légitimative, sie entspricht mehr unserer Annahme an Kindes Statt (Art. 343ff C. c.).²⁵⁾

22) Wahl, a. a. O.; Code civil a. F. Art. 343-370;

23) Ges. vom 19. 6. 1923, Gamillscheg, a. a. O.

24) Dekret vom 29. 7. 1939, Code de la famille, Gamillscheg, a. a. O.

25) Meyer-Wiesner, Begründung, Voraussetzungen und Wirkungen der Adoption in Deutschland, England, Frankreich und Österreich, Bonner Dissertation 1963, S. 4ff, 40; Gamillscheg, a. a. O.

Die alte französische Regelung wurde mit einigen Abweichungen in Italien und Belgien übernommen.²⁶⁾ Heute ist aber auch in diesen Staaten die Minderjährigenadoption zulässig.²⁷⁾ Ganz allgemein kann man sagen, daß ein Rechtssystem dann, wenn es den fürsorgerischen Charakter der Adoption in den Vordergrund stellt, mit der Zulassung der Erwachsenenadoption zurückhaltender ist. Dies zeigt sich ganz deutlich in der Gesetzgebung der Volksdemokratien.

Im westlichen Europa besteht ebenfalls die Tendenz, den fürsorgerischen Charakter der Adoption zu betonen. Das Wohl des Kindes steht in den neueren Adoptionsgesetzen gegenüber den Interessen des Annehmenden im Vordergrund.²⁸⁾

26) Wahl, a.a.O., S. 45

27) Italien, Gesetz vom 5.6.1967, Codice civile, Art. 291ff.
Für Kinder bis zum 8. Lebensjahr ist die Sonderadoption vorgesehen, die der adoption légitimative des französischen Rechts entspricht.
Belgien: Art. 340ff Code civil.

28) Neuhaus, Europäisches Familienrecht in Festschrift für Dölle, Bd. II, S. 419

III. Die geschichtliche Entwicklung der Erwachsenenadoption.

Das Adoptionsrecht in Deutschland entstammt hauptsächlich dem römischen Recht und gelangte über das gemeine Recht in das Bürgerliche Gesetzbuch.

Im römischen Recht war sowohl die Adoption Minderjähriger als auch Erwachsener zulässig. Es gab sogar eine Form, die zunächst nur der Annahme Erwachsener vorbehalten war. Man unterschied zwischen der adoptio, der Annahme eines fremden Hauskindes, und der arrogatio, der Annahme eines homo sui iuris, eines Menschen, der nicht unter der patria potestas stand.²⁹⁾

Die adoptio vollzog sich seit dem Zwölftafelgesetz in privatrechtlicher Form, nämlich als in iure cessio (= Erwerb von Eigentum durch Abtretung vor dem Praetor).³⁰⁾ Der natürliche Vater entließ den Anzunehmenden durch eine dreimalige, in feierlicher Form erfolgende Scheinveräußerung (mancipatio, auch alte Form der Emancipation³¹⁾) aus seiner Gewalt. Von dem Anzunehmenden wurde er dann in seinen Familienverband aufgenommen.³²⁾

29) § 1, Institutiones Justiniani, I, 11; Gaii Institutionum Commentarii I, 99ff.; Domitii Ulpiani fragmenta VIII, 2ff.; Jörs-Kunkes-Wenger, Römisches Recht, 3. Aufl. 1949, S. 293 ff.; Sohm-Mitteis-Wenger, Institutionen, 17. Aufl. 1949, S. 528; Kaser, Römisches Privatrecht, 4. Aufl. 1965, § 66, III, 2, 3;

30) Heumann, Handlexikon zu den Quellen des Römischen Rechts, 2. Aufl. 1851, S. 68;

31) Heumann, a. a. O., S. 350, Gaius Inst. I, 132-135;

32) Dernburg, Pandekten, 3. Bd., 1892, S. 58, Fußnote 3;

Durch Justinian wurde die Adoption neu geordnet, sie wurde nunmehr durch persönliche Erklärung des bisherigen Gewalthabers und des Adoptierenden zu gerichtlichem Protokoll vollzogen, wobei der Annehmende anwesend sein mußte und nicht widersprechen durfte.³³⁾

Die arrogatio vollzog sich in strengeren Formen. Sie hatte keinen privatrechtlichen Charakter, sondern lag im Bereich des öffentlichen Rechts.³⁴⁾ Ursprünglich bedurfte es einer Rogation beim Volke (rogatio = Antrag, Bitte; daher der Name arrogatio) und der Genehmigung durch die Kuratkomitien. Später erfolgte sie durch kaiserliches Reskript gemäß dem Antrag des Annehmenden unter Zustimmung des Angenommenen. In beiden Fällen trat der Angenommene aus seinem bisherigen Familienverband aus und in die väterliche Gewalt und Agnatenfamilie des Annehmenden ein. Anders war es nur bei der durch Justinian eingeführten adoptio minus plena, der Annahme durch einen Nichtaszendenden, die nur ein Intestaterbrecht und einen Alimentationsanspruch des Angenommenen bewirkte.³⁵⁾

Die Tatsache, daß die arrogatio ursprünglich der Annahme mündiger Personen vorbehalten war, läßt jedoch nicht den Schluß zu, man habe die Adoption Erwachsener für besonders wünschenswert gehalten.³⁶⁾ Vielmehr waren es politische Gründe, die zu der Form der arrogatio führten.

Da das politische Leben der Stadt weitgehend von den gentes, den Patriziergeschlechtern, bestimmt war, konnte es der Öffentlichkeit nicht gleichgültig sein, wer - oftmals mit seiner gesamten

33) Dernburg, a.a.O., § 30; von Vangerow, Pandekten, 1. Bd., 3. Aufl., 1845, § 249; siehe auch die oben Anm. 29 angegebenen Fundstellen;

34) Jörs-Kunkel-Wenger, a.a.O.

35) Dernburg, a.a.O.

36) So anscheinend Bosch, FamRZ 64, S. 402 ff.

Nachkommenschaft - in ein anderes Geschlecht eintrat. Außerdem war für die arrogatio die Teilnahme des Anzunehmenden an den Verhandlungen in den Komitien Voraussetzung. Diese jedoch war nur erwachsenen Männern, nicht jedoch Frauen und Kindern, gestattet.³⁷⁾

Erst unter Antoninus Pius (138 - 161 n. Chr.) wurde die Arrogation unter Vormundschaft stehender Gewaltfreier zugelassen. Voraussetzung war aber, daß der Annehmende dem Angenommenen ein Viertel seines Vermögens vermachte. Außerdem mußte er denjenigen Sicherheit leisten, die im Falle des Todes des Minderjährigen dessen Vermögen geerbt hätten. Sämtliche Vormünder mußten zustimmen. Die arrogatio hatte in jedem Fall zur Voraussetzung, daß der Annehmende mindestens 60 Jahre alt war. Ein Armer durfte keinen Reichen, ein Vormund nicht sein Mündel - auch nicht nach beendeter Vormundschaft - annehmen. Es konnte jedoch in Ausnahmefällen Befreiung von diesen Voraussetzungen gewährt werden.³⁸⁾

Übrigens war die Annahme Volljähriger nicht auf die arrogatio beschränkt. Da jedermann grundsätzlich bis zu dessen Tode in der Gewalt des Großvaters oder Vaters blieb, war sie auch in der Form der adoptio möglich.

Sämtliche Formen der Kindesannahme sollten den Fortbestand der Geschlechter sichern.³⁹⁾

Es gab jedoch auch schon damals Fälle, in denen die Adoption

37) Baron, Pandekten, § 363, S. 602

38) von Vangerow, a. a. O., S. 388

39) Dernburg, a. a. O., § 30

auch zu anderen Zwecken benutzt wurde. Ein verbreiteter Grund für die Erwachsenenadoption war die "transitio ad plebem", der Austritt aus der Nobilität, um in den Genuß damit verbundener Vorteile zu gelangen.

So ließ C. Licinius Stolo (Konsul 390 v. Chr.) seinen Sohn von einem Plebejer adoptieren, um zu erreichen, daß er den Agrargesetzen entgehen und den ager publicus nutzen konnte.

Der Austritt aus der Nobilität gewährte ferner den Vorteil, nunmehr das Amt des Volkstribunen ausüben zu können. Die ersten Fälle dieser Art sind aus der Zeit des zweiten punischen Krieges verbürgt, da hier das Volkstribunat eine immer größere Bedeutung erlangte. Das bekannteste Beispiel ist die Adoption des P. Clodius Pulcher durch den Plebejer Fonteius.

Die Adoption durch ein anderes Patriziergeschlecht wurde bisweilen auch in der Absicht vorgenommen, der Bestimmung zu entgehen, daß nicht zwei Mitglieder derselben gens patricia zugleich Mitglieder des Augurenkollegiums sein durften. Durch diese Vorschrift sollte eine Machtkonzentration in der Hand eines Geschlechts verhindert werden. Als Beispiel sei die Adoption des P. Cornulius Lentulus durch Manlius Torquatus erwähnt. Der wohl bekannteste Fall der Erwachsenenadoption ist die testamentarische Annahme des C. Octavius durch seinen Onkel Caesar. Der Grund war, daß das Geschlecht der Julier vom Aussterben bedroht war. Eine Rolle mag dabei auch gespielt haben, daß Octavius ursprünglich einem weniger vornehmen Geschlecht angehörte, seine Mutter hatte einen homo novus geheiratet.

Da die *adoptio testamentaria* keine vollgültige Adoption war, ließ Octavius später noch durch einen Volksschluß eine *arrogatio* vornehmen, um in die Patronatsrechte Caesars eintreten zu können.⁴⁰⁾

Zu erwähnen sind noch die Adoptivkaiser seit der Wende des ersten und zweiten Jahrhunderts. Die Adoption wurde benutzt, um dem Herrscherhaus dynastischen Charakter zu verleihen.⁴¹⁾

Auch das germanische Recht kannte die Annahme an Kindes Statt.⁴²⁾

Sie erfolgte in verschiedenen Formen, so durch Waffenreichung, Schoß- oder Kniesetzung, Umarmung, Einhüllen in das Gewand des Adoptierenden.⁴³⁾

Durch die Wahlkindschaft entstand ein Verwandtschaftsverhältnis nur zwischen dem Annehmenden und dem Angenommenen, nicht jedoch mit den beiderseitigen Verwandten.⁴⁴⁾

Es wird zum Teil die Auffassung vertreten, die durch die germanische Wahlkindschaft geschaffene Bindung sei lockerer gewesen als bei der römisch-rechtlichen Adoption, sie habe mehr einem Pflegekindschaftsverhältnis entsprochen.⁴⁵⁾

40) Sämtliche Beispiele bei Leonhard in Pauly's Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaften, Bd. I 1, 1964, S. 389; Mommsen, Römische Patriziergeschlechter in: Römische Forschungen, Bd. I, 1964, S. 69-127

41) Mommsen, a. a. O.

42) = Wahlkindschaft; Mitteis-Lieberich, Deutsches Privatrecht, 4. Aufl. 1963, S. 64; Conrad, Deutsche Rechtsgeschichte, I. 1954, S. 58; Mitteis-Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte, 10. Aufl., 1966, § 4, III, 2;

43) Pappenheim, SavignyZ GerMA 29, 304;

44) Pappenheim, a. a. O., S. 307

45) Mitteis-Lieberich, a. a. O., S. 64

Es gab auch noch andere künstliche Verwandtschaftsverhältnisse.

Durch die Geschlechtsleihe wurde ein Geschlechtsfremder in eine Sippe aufgenommen. Es entstand auf diese Weise ein Verwandtschaftsverhältnis mit allen Angehörigen des weiteren Verwandtenkreises, ohne daß der Angenommene zu einem der Sippenangehörigen in eine engere Bindung getreten wäre.

Die Geschlechtsleihe diente einmal der Legitimation unehelicher Kinder, die in die Sippe des Vaters eingeführt wurden, zum anderen der Vollfreilassung oder der Aufnahme eines Freigelassenen in eine beliebige Sippe.

Schließlich war noch die Wahlbrüderschaft bekannt, durch die zwei oder mehr Personen durch Rechtsakt die Rechtsstellung von Brüdern erlangten.

Vor allem in der ältesten Form, der Blutsbrüderschaft, sollte durch sie die Blutrache der Brüder füreinander gesichert werden.⁴⁶⁾

Ein Unterschied zwischen Minderjährigen und Volljährigen wurde nicht gemacht.

Das gemeine Recht unterschied, wie das römische Recht, zwischen Adoption und Arrogation.⁴⁷⁾

Es zeichnete sich jedoch schon eine dem römischen Recht fremde Betrachtungsweise ab. Während im römischen Recht

46) Pappenheim a. a. O.

47) Wegen der Einzelheiten: Siehe oben die Behandlung des römischen Rechts, mit dem das gemeine Recht im Wesentlichen übereinstimmt; Holzschuher, Theorie und Casuistik des gemeinen Zivilrechts, 1. Bd., 2. Aufl. 1856, S. 706 ff.; einen Überblick vermittelt Staudinger-Engler, Vorbem. 2 zu §§ 1741 ff. BGB.

die primäre Rechtsfolge der Annahme an Kindes Statt die Herstellung der väterlichen Gewalt über den Adoptierten war, aus der sich erst die übrigen Wirkungen ergaben, bewirkte die Adoption nun zunächst die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses, aus dem sich erst, neben den übrigen Folgen, die patria potestas ergab. So konnte beispielsweise ein Intestaterbrecht des Adoptivkindes bestehen, das nicht mehr unter väterlicher Gewalt stand.⁴⁸⁾

Unter Verschmelzung der verschiedenen Formen der Kindesannahme ging das Rechtsinstitut dann in die neueren deutschen Kodifikationen über. Die Unterscheidung zwischen Arrogation und Adoption, sowie zwischen adoptio plena und minus plena wurde fast überall aufgegeben.⁴⁹⁾

In den Grundzügen entsprach die Regelung dieser Gesetze, insbesondere des ALR und des Sächsischen Gesetzbuches, schon derjenigen des BGB.

Die Adoption war nicht allein Mittel zur Herstellung der elterlichen Gewalt, sondern zur Begründung eines Eltern-Kind-Verhältnisses.⁵⁰⁾

Die Annahme an Kindes Statt erfolgte durch Vertragsschluß.⁵¹⁾

48) RGZ 6, 171 ff., Urt. v. 15. Nov. 1881

49) ALR II, 2, §§ 666 ff.; Sächs. GB §§ 1787 ff.; anders noch das bayr. LR I, 5, §§ 10, 11. Nach bad. LR war außerdem noch die adoptio testamentaria möglich, Bad. LR 346, 366;

50) ALR II, 2, §§ 666 ff.; Sächs. GB §§ 1787 ff.; Siehe auch das Öst. GB, §§ 179 ff.

51) ALR II, 2, § 666; Sächs. GB § 1787.

Ein Verwandtschaftsverhältnis wurde nur zwischen Annehmendem und Angenommenem und dessen Deszendenten, nicht aber mit den übrigen beiderseitigen Verwandten hergestellt.⁵²⁾ Der Angenommene trat nicht vollständig aus seiner leiblichen Familie aus.⁵³⁾

Auch die Voraussetzungen für die Adoption auf Seiten des Annehmenden⁵⁴⁾, das gesetzliche Erbrecht der Vertragsschließenden⁵⁵⁾, sowie die Aufhebung des Adoptionsverhältnisses⁵⁶⁾ entsprachen im wesentlichen der heutigen Regelung.

Allerdings gab es auch bedeutsame Unterschiede. So konnte zum Beispiel nach ALR eine Ehefrau nur mit Zustimmung ihres Ehemannes adoptieren, während dieser der Zustimmung der Ehefrau nicht bedurfte.⁵⁷⁾

Auch mußte nach preußischem Recht der Adoption eines Kindes nur der Vater, nicht aber die Mutter, zustimmen.⁵⁸⁾

Nach dem in diesem Punkt moderneren sächsischen Gesetzbuch bedurfte es in beiden Fällen auch der Einwilligung der Frau.⁵⁹⁾

Der Schutz des Angenommenen vor Mißbräuchen durch den Annehmenden war im sächsischen Recht besonders stark. Die

52) ALR II, 2, §§ 708-710; Sächs. GB, §§ 1799, 2044, 2045;

53) ALR II, 2, §§ 702, 711, 712; Sächs. GB §§ 1798, 1840, 2047;

54) ALR II, 2, § 671; Bay. LR I, 5, § 10, Nr. 2; Bad. LR Art. 343

55) Sächs. GB §§ 1797, 2045; ALR II, 2, §§ 694, 701;

56) Sächs. GB § 1800; ALR II, 2, § 714;

57) ALR II, 2, §§ 675 f.;

58) ALR II, 2, § 679;

59) Sächs. GB §§ 1795 f., 1793.

diesem übertragene elterliche Gewalt erstreckte sich nur auf die Person des Kindes, nicht auf sein Vermögen, hinsichtlich dessen eine Vormundschaft oder Pflegschaft angeordnet wurde.⁶⁰⁾

Auch eine Unterhaltspflicht des Angenommenen gegenüber dem Annehmenden wurde nicht begründet.⁶¹⁾

Der Vertragsfreiheit wurde noch ein weiterer Spielraum gewährt als heute, vor allem nach sächsischem Recht.⁶²⁾ Nach dem ALR durfte immerhin das Wesentliche des Geschäfts nicht angetastet werden. Auch war das Vormundschaftsgericht bei der Adoption von Minderjährigen zu besonderer Prüfung verpflichtet.⁶³⁾

Während nach dem ALR die Wirksamkeit der Adoption von der Bestätigung durch das zuständige Gericht abhing⁶⁴⁾, wurde die Annahme an Kindes Statt nach sächsischem Recht als Gnaden-sache behandelt. Die Bestätigung konnte nach landesherrlichem Ermessen auch versagt werden, wenn alle Voraussetzungen vorlagen.⁶⁵⁾

Ganz anders als in diesen Gesetzen, die schon als Vorläufer des BGB angesehen werden können, war die Adoption im badischen Landrecht behandelt.

60) Sächs. GB §§ 1797, 1811, 1816;

61) Sächs. GB § 1797; ebenso ALR II, 2, § 692;

62) Sächs. GB §§ 1797, 2040;

63) ALR II, 2, §§ 703 - 706;

64) ALR II, 2, § 667; ebenso Bay. LR I, 5, § 10, Nr. 3;

65) Sächs. GB § 1789; Wegen weiterer Einzelheiten siehe Sächs. GB §§ 1787 ff., ALR II, 2, §§ 666 ff.

Im Anschluß an den Code civil war - außer der adoptio testamentaria - nur die Adoption Volljähriger möglich.⁶⁶⁾

Bei Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches wurden zunächst Bedenken gegen die Übernahme der Adoption vorgebracht. Sie fördere die Ehelosigkeit, verwirre und verdunkle die Familienrechte und sei ein Mittel zur Befriedigung des Eigennutzes des Annehmenden.

Gegenüber diesen Bedenken überwogen jedoch die Vorteile, die "das Institut in sozialer und sittlicher Beziehung mit sich bringt."⁶⁷⁾

Als Zweck der Adoption wurden genannt: Die Möglichkeit, kindlosen Personen den Wunsch nach Nachkommenschaft zu befriedigen; mittellosen, aber begabten Kindern ein Elternhaus zu geben, um dadurch ihre Gaben zum Wohle der Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen; Fortsetzung einer aussterbenden Familie, und nicht zuletzt, "die Zahl der illegitimen, eines Familienlebens entbehrenden Kinder zu verringern."⁶⁸⁾

Nachdem sich die Auffassung durchgesetzt hatte, nach der das Rechtsinstitut in das Gesetz aufgenommen werden sollte, wurden im weiteren Verlauf der Entstehungsgeschichte keine grundsätzlichen Bedenken mehr vorgebracht. Die von der 1. Kom-

66) Die Regelung im einzelnen entsprach derjenigen im Code civil. Es kann daher auf die Darstellung des französischen Rechts verwiesen werden, siehe Abschnitt II, Seite 5 ; Bad. LR Art. 346, 366

67) Mugdan, Materialien zum BGB, Motive, S. 505;

68) Mugdan, a. a. O.

mission erarbeiteten Grundsätze wurden im Wesentlichen beibehalten.⁶⁹⁾

Zwischen der Adoption Minderjähriger und Erwachsener wurde nicht unterschieden.

Auch fehlte eine dem heutigen § 1754, Abs. 2, Ziff. 2, BGB, entsprechende Handhabe, bei Zweifeln an der Absicht der Beteiligten, ein Eltern-Kind-Verhältnis herzustellen, die Bestätigung zu versagen.

Die Adoption mußte vielmehr bestätigt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorlagen.

Anlaß für eine derartige Beschränkung der Adoptionsmöglichkeit bestand zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Adoptionen, mit denen andere Ziele als die Begründung eines Familienbandes verfolgt wurden, waren selten.

Weder die Übertragung eines adligen Namens, die nach Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 als Motiv für die Adoption insbesondere Erwachsener in Erscheinung treten sollte⁷⁰⁾, noch etwa die Einsparung von Erbschaftsteuer, boten genügend Anreiz.

69) Mugdan, a. a. O., Protokolle, S. 1045-1059.
Denkschrift S. 1181, Bericht der XII. Kommission S. 1269.
Siehe auch Gegenüberstellung des Entwurfs 1. Lesung,
2. Lesung, der Bundesratsvorlage, der Reichstagsvorlage
und des Gesetzbuchs, Mugdan a. a. O., S. C-CVI;

70) Siehe unten S. 22 ff.

Zwar kamen auch damals schon Adoptionen vor, die nur der Übertragung des Namens dienten.

In einem vom Kammergericht entschiedenen, historisch interessanten Fall ging es allerdings nicht um die Übertragung eines adligen Namens. Der Annehmende führte einen christlichen, die Angenommenen hingegen, seine beiden Neffen, einen jüdischen Namen. Den Neffen kam es bei der Adoption allein darauf an, diesen jüdischen Namen abzulegen, da sie durch ihn Nachteile befürchteten. 71)

Auch wurde bisweilen versucht, durch die Adoption einen adelsartigen Namen zu erwerben. 72)

In der Regel gingen die Standesvorrechte des Adels und mit ihnen das Adelsprädikat nicht ohne weiteres auf den Angenommenen über. 73)

Im Kaiserreich kamen dem Adel im wesentlichen noch die in Art. 57, 58 EGBGB erwähnten Privilegien zu, nämlich einmal das Recht der Autonomie, das heißt der Rechtsbildung im Wege der Satzung, durch Observanz und Familienvertrag der souveränen Häuser 74), der hauptsächlich Bedeutung für Fragen der Volljährigkeit, der Eheschließung, der elterlichen Gewalt und der Rechtsstellung des Hausvermögens hatte. 75)

Zum anderen blieben für den vormals reichsständischen Adel, den Reichsadel und den ihm gleichgestellten landsässigen Adel in Ansehung der Familienverhältnisse und Güter die Hausver-

71) KG OLG 18, 282, Beschl. v. 21. Nov. 1907;

72) Z. B. RGZ 29, 124, 133, Urt. v. 11. April 1892; KG OLG 8, 375, Beschl. v. 29. Febr. 1904; Hamburg OLG 7, 425, Urteil vom 3. Oktober 1903;

Fortsetzung der Fußnoten siehe S. 20

fassungen nach Maßgabe der Landesgesetze in Kraft.⁷⁶⁾

Ob diese Privilegien und das Adelsprädikat durch die Annahme an Kindes Statt übertragen wurden, richtete sich ausschließlich nach Landesrecht.⁷⁷⁾

Außer in den Stadtrepubliken Hamburg, Lübeck und Bremen, die bei ihren Bürgern keinen Adel anerkannten, war der Übergang von der landesherrlichen Bewilligung abhängig.⁷⁸⁾

Die Verlockung für nichtadlige Personen, sich von Adligen adoptieren zu lassen, war infolgedessen nicht sehr groß. Die Erlangung des begehrten Adelsprädikats war mit zu großen Schwierigkeiten verknüpft.

Auch in steuerrechtlicher Hinsicht bot die Adoption nicht genügend Vorteile.

Während nach dem Erbschaftssteuergesetz von 1906 eheliche Abkömmlinge von der Erbschaftsteuer befreit waren⁸⁰⁾, unter-

Fortsetzung der Fußnoten von
Seite 19:

- 73) Streilig war die Frage für den niederen Adel. Siehe Mantey, ArchöfR 1898, S. 20, mit weit Lit. Nachw.
- 74) Art. 57 EGBGB
- 75) von Thur, Allg. Teil des Bürgerl. Rechts, 1. Bd., 1910, S. 423;
- 76) Art. 58 EGBGB; Siehe auch Ratzlaff in Posener's Rechtslexikon, 2. Bd., 1909, Stichwort "Stand", S. 554;
- 77) von Thur, Allg. Teil des Bürgerl. Rechts, 1. Bd., S. 423; OLG 10, 42; RGZ 67, 345;
- 78) Vgl. z. B. die Verfassungsurkunde von Bremen vom 17. November 1875, Art. 17; Staudinger, Komm. z. BGB, IV. Bd., Familienrecht, II. Teil, 6. Aufl., 1910, S. 1119, mit einer Zusammenstellung der entsprechenden ländersrechtlichen Vorschriften; Mantey, a. a. O., S. 20.

Fußnote 80) siehe Seite 21

lagen Adoptivkinder der Steuerpflicht.⁸¹⁾ Mit einem Steuersatz von 6% in der untersten Stufe⁸²⁾ der II. Klasse waren sie im Prinzip schlechter gestellt als die Eltern, die Geschwister des Erblassers und deren Kinder, die in der I. Klasse nur einen 4%igen Satz zu entrichten hatten.⁸³⁾

Allerdings waren Adoptivkinder im Gegensatz zu dem allgemeinen Freibetrag von RM 500. --⁸⁴⁾ bei einem Erwerb bis zu RM 10.000. -- von der Steuerpflicht befreit.⁸⁵⁾

Geschwister und deren Kinder waren nur bei einem Erwerb bis zu RM 5.000. -- befreit, der dem Gegenstand nach noch gewissen Beschränkungen unterlag.⁸⁶⁾

Ob und in welchem Umfang trotz dieser relativ geringen Vorteile⁸⁷⁾ Adoptionen aus steuerlichen Gründen vorgenommen wurden, läßt sich der veröffentlichten Rechtsprechung nicht entnehmen.

Fußnote von S. 20:

80) RGBI. 1906, S. 654; wegen der Rechtslage vor Inkrafttreten des Gesetzes vgl. die Aufzählung der landesrechtlichen Gesetze in der Begründung zum Entwurf des Gesetzes von 1906, Reichstagsdrucks. 1905, Bd. 220, Nr. 10, Anl. 5b

81) § 11, Ziff. 4a

82) § 10, Abs. 1, II,

83) § 10, I;

84) § 11, Nr. 1;

85) § 11, Nr. 4;

86) § 11, Nr. 4f;

87) Nach heutigem Recht stehen Adoptivkinder auch steuerrechtlich den ehelichen Abkömmlingen gleich, § 10, ErbStG.

Das Mißtrauen gegen die Erwachsenenadoption entstand erst, nachdem durch Art. 109, Abs. 3, der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 die Vorrechte des Adels beseitigt und die Adelsbezeichnungen Bestandteil des bürgerlichen Namens wurden.

Beispiele: In einem vom Reichsgericht entschiedenen Fall kam es für die Strafbarkeit eines angeklagten Ehepaares für die Strafbarkeit wegen falscher Namensangabe darauf an, ob der mit einem Adligen abgeschlossene Adoptionsvertrag gültig war. Nach den Feststellungen der Vorinstanzen hatte sich der angeklagte Ehemann von einem verarmten Baron gegen Zahlung einer Geldsumme an ihn und einer jährlichen Rente an seine Ehefrau an Kindes Statt annehmen lassen.

Schon vorher geführte Verhandlungen mit einem anderen Adligen waren aus finanziellen Gründen gescheitert.

Dem Annehmenden ging es nur darum, seinen und seiner Frau Unterhalt zu sichern, dem Angenommenen allein um den Erwerb des adligen Namens. 88)

Ebenfalls um den Kauf eines adligen Namens ging es in einem vom Bayrischen Obersten Landesgericht entschiedenen Fall. Auch hier handelte es sich um ein bloßes Geschäft, ohne daß persönliche Beziehungen von einem der Beteiligten gewünscht waren. 89)

Besonders häufig ließen sich alte adlige Damen zu einer Adoption überreden, so eine 85 Jahre alte ledige Freifrau, die einen 30 Jahre alten Bürgerlichen gegen Gewährung von Unterhalt auf Lebenszeit annahm. 90)

88) RG JW 1925, 2792

89) BayObLG DJZ 1924, Spalte 403,

90) BayObLG JW 1925, 373;

Ebenso adoptierte ein altes adliges Fräulein ihren bürgerlichen Neffen gegen finanzielle Unterstützung. Dabei ging es dem Neffen allein um den Erwerb des adligen Namens.⁹¹⁾

In diesen Fällen wurde der Adoptionsvertrag wegen Sittenwidrigkeit für nichtig erklärt.

In anderen Fällen ging es ebenfalls hauptsächlich um den Erwerb des adligen Namens, ohne daß jedoch das Gericht die Nichtigkeit des Vertrages annahm.

So adoptierte eine unverheiratete ehemalige Lehrerin, eine Freifrau, ihre Nichte und deren Ehemann. Die Annehmende war wegen Geistesschwäche und Trunksucht entmündigt, der Vormund hatte den Vertrag genehmigt und das Gericht ihn bestätigt. Das Standesamt verweigerte nun die Eintragung des adligen Namens der Angenommenen. Das Gericht stellte fest, zwar sei es hauptsächlich um die Namensübertragung und um finanzielle Hilfe gegangen, aber auch um die Erhaltung des vom Aussterben bedrohten Familiennamens. Daher sei der Vertrag nicht nichtig.⁹²⁾

Nicht nur das Standesamt, sondern auch Angehörige des Annehmenden wehrten sich bisweilen gegen die Namensführung durch das Adoptivkind.

So hatte das Reichsgericht über die Klage eines eingetragenen Vereins gegen den Adoptivsohn einer Gräfin von Seherr-Thoß zu entscheiden. Der Verein vertrat die Interessen der von Seherr-Thoß'schen Familien. Er wollte erreichen, daß der Beklagte sich nicht mehr

91) KG OLG 42, 186, Beschl. v. 19. Mai 1922;

92) Bay. ObLG LZ 1926, 1140, Beschl. v. 7. Mai 1926

Graf nennen durfte und dem Namen Seherr-Thoß seinen bürgerlichen Namen Schmidt hinzufügen mußte. Dem letzteren Antrag gab das Gericht statt, der Beklagte durfte aber weiterhin den Grafentitel führen. 93)

Schließlich hatte das Reichsgericht noch über die Klage des Neffen einer 77 Jahre alten ledigen Gräfin zu entscheiden, die einen 38 Jahre alten Bürgerlichen adoptiert hatte.

Der Neffe machte geltend, es handele sich um ein Scheingeschäft, da der Angenommene der alten, in ärmlichen Verhältnissen lebenden Stiftsdame nur Sohnesliebe vorge-
tauscht habe. In Wirklichkeit sei es ihm nur um den Erwerb des adligen Namens gegangen. Dabei sei er so raffiniert vorge-
gegangen, daß die alte Dame irrigerweise immer noch annehme, daß sie einen Sohn gefunden habe.

Hier hatte der Neffe mit seiner Klage keinen Erfolg, das Reichsgericht entschied, daß der Vertrag gültig sei. 94)

Ein klangvoller Name war also immer noch ein willkommenes Hilfsmittel im beruflichen und gesellschaftlichen Fortkommen.

Um Adoptionen zu verhindern, die lediglich der Namensübertragung dienten, wurde von der Rechtsprechung zum Teil Nichtigkeit eines derartigen Adoptionsvertrages wegen mangelnder

93) RGZ 109, 243, Urteil v. 27. November 1924

94) RGZ 114, 338, Urteil v. 30. September 1926. Anders entschied das Bayrische Oberlandesgericht (JFG 11, 60) in einem ähnlichen Fall. Hier wurde die Nichtigkeit des Vertrages festgestellt. Weitere Nachweise der Rechtsprechung bis 1926 bei Staudinger-Engelmann-Keidel, 9. Aufl., Anm. 117 zu § 1755.

Ernstlichkeit, § 117 BGB⁹⁵⁾, oder wegen Sittenwidrigkeit, § 138 BGB⁹⁶⁾, angenommen. Die sittenwidrige Absicht der Beteiligten ließ sich jedoch nur schwer nachweisen. Die Rechtsfolgen der Adoption waren in aller Regel ernstlich gewollt, so daß ein Scheingeschäft nicht vorlag. Auch war die sittenwidrige Absicht oft nur bei einem der Beteiligten gegeben. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts begründete dies nur Anfechtbarkeit, so daß die Fehlerhaftigkeit des Adoptionsvertrages allein von dem nicht sittenwidrig handelnden Vertragspartner geltend gemacht werden konnte. Dritte hingegen - etwa die Familie, die den Übergang des adligen Namens auf den Angenommenen zu verhindern suchte - konnten den Adoptionsvertrag nicht zu Fall bringen.⁹⁷⁾

Es tauchte daher bald der Gedanke auf, dem Abschluß solcher Adoptionen durch eine Gesetzesänderung Einhalt zu gebieten.⁹⁸⁾ Im Jahre 1925 legte die Reichsregierung dem Reichsrat einen Gesetzesentwurf über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindes Statt vor, der vor allem die Rechtsstellung unehelicher Kinder verbessern wollte und auch das Adoptionsrecht zum Teil neu regelte. Nach einem neu in das Gesetz einzufügenden § 1753a BGB sollte der Adoption die Genehmigung versagt werden, "wenn erhebliche Zweifel daran begründet sind, daß ein dem Eltern-Kind-Verhältnis entsprechender Zustand" herbeigeführt werden sollte. Der Entwurf wollte damit vor allem Adoptionen nur um des adligen Namens willen verhindern.⁹⁹⁾

95) Hamburg OLG 7, 425, Urt. v. 3. Okt. 1903; KG OLG 8, 375, Beschl. v. 29. Febr. 1904; Kuchendorf, Erkaufte und erschlichene Adoptionen, Diss. Breslau 1928, S. 22 ff;

96) RG SeuffArch 72 Nr. 195, Urt. v. 8. März 1917 = Warn 1917 Nr. 121; Kuchendorf a. a. O.;

97) RGZ 114, 338, Urt. vom 30. September 1926; eine Zusammenstellung der Rechtsprechung des Reichsgerichts findet sich bei Kuchendorf, a. a. O., S. 29 ff;

98) Hinsheimer, LZ 1925, 897;

99) Drucks. d. Reichsrates Nr. 108, 1925. Siehe auch die Begründung d. Entwurfs S. 21 und Brandis StAZ 1926, 179;

Der Entwurf wurde dann - nach Änderungen durch den Reichsrat, die aber die genannte Vorschrift nicht berührten - 1929 dem Reichstag vorgelegt.¹⁰⁰⁾

Beide Entwürfe wurden nicht Gesetz.

Erst 1933 wurde durch das Gesetz gegen Mißbräuche der Eheschließung und der Annahme an Kindes Statt vom 23. November 1933¹⁰¹⁾, § 1754, Abs. 2, Ziffer 2, BGB, in seiner heutigen Form geschaffen.

Neben rasse- und bevölkerungspolitischen Zielsetzungen des nationalsozialistischen Staates¹⁰²⁾ diente das Gesetz auch der Verwirklichung von bereits früher vertretenen Reformgedanken. Nach der amtlichen Begründung zu Art. 1, Nr. 4, des Gesetzes¹⁰³⁾ will die Vorschrift Verfallserscheinungen auf familienrechtlichem Gebiet bekämpfen, insbesondere den Schacher mit alten und bekannten Namen, ohne daß die Personen zueinander in persönliche Beziehungen treten wollen. Das Motiv, einen Namen vor dem Aussterben zu bewahren, wurde jedoch als ein beachtlicher Beweggrund angesehen.¹⁰⁴⁾

100) Drucks. d. Reichstages Nr. 733, IV. Wahlp. 1929.
Siehe dazu Olshausen JW 1929, 470 (471);

101) RGBl. I, 979;

102) Siehe vor allem den nach 1945 wieder abgeschafften § 1754 Abs. 2, Ziff. 3 BGB, der eine Versagung der Bestätigung auch aus öffentlichem Interesse und bei Interessen der Familien der Beteiligten vorsah. Nach der amtlichen Begründung (DJ 1933, 765) sollte ein öffentliches Interesse dann gegen die Bestätigung sprechen, wenn der Anzunehmende "einer körperlich, geistig oder moralisch minderwertigen Sippe" angehörte sowie bei zu großer rassistischer Verschiedenheit der Beteiligten. Zu den in den Besatzungszonen unterschiedlichen Gesetzen zur Beseitigung des § 1754, Abs. 2, Ziff. 3, BGB vgl. Staudinger-Engler Rdn. 8 zu § 1754, BGB;

103) DJ 1933, 765

104) DJ 1933, S. 766;

Durch das Gesetz wurde die höhere Verwaltungsbehörde an dem Verfahren beteiligt. Nach § 66a FGG war sie über den Antrag auf Bestätigung des Annahmevertrages zu hören, der Beschluß war ihr bekanntzugeben (§ 67 FGG a. F.) und im Falle der Bestätigung des Vertrages stand ihr die sofortige Beschwerde zu (§ 68 FGG a. F.).

Nach der amtlichen Begründung sollte die Beteiligung der Verwaltungsbehörde eine sachgerechte Entscheidung gewährleisten.¹⁰⁵⁾

Es kann wohl angenommen werden, daß in Wahrheit eine bessere Kontrolle der Gerichte angestrebt wurde. Aus diesem Grunde wurde die Beteiligung der Verwaltung nach 1945 nur noch in Bayern ausgeübt.¹⁰⁶⁾

Allerdings war die Verwaltungsbehörde oft besser als die Gerichte über die persönlichen Verhältnisse der Beteiligten unterrichtet. Insoweit ermöglichte ihre Beteiligung zusammen mit der Vorschrift des § 1754, Abs. 2, Ziff. 2, BGB eine wirksamere Verhinderung von Mißbräuchen.

Während nach der alten Regelung die Bestätigung des Vertrages nur bei Fehlen eines gesetzlichen Erfordernisses und bei Nichtigkeit des Vertrages versagt werden konnte, war dies nun auch dann möglich, wenn begründete Zweifel an der Absicht der Beteiligten bestanden, ein Eltern-Kind-Verhältnis herzustellen, ohne daß der Vertrag nach allgemeinen Regeln nichtig zu sein brauchte.

Die heutige, die Erwachsenenadoption noch erschwerende Regelung geht auf das Familienrechtsänderungsgesetz vom 11. August 1961 zurück.

105) DJ 1933, S. 765;

106) Schlegelberger, Komm. zum FGG, Bd. I, 7. Aufl. 1956, Anm. zu § 66a FGG; Staudinger-Engler, Rdn. 8 zu § 1754 BGB;

Nach dem ursprünglichen Entwurf der Bundesregierung aus dem Jahre 1955 sollte das Gericht von dem Erfordernis der Minderjährigkeit nur befreien, wenn der Annehmende noch kein angenommenes Kind hat und die Herstellung des Annahmeverhältnisses aus besonderen Gründen sittlich gerechtfertigt ist.¹⁰⁷⁾

Im Entwurf 1958 wurde die Bedingung, daß der Annehmende noch kein Adoptivkind haben darf, fallen gelassen. Die Bestimmung, daß eine Befreiung vom Erfordernis der Minderjährigkeit "nur" erteilt werden solle, wenn sie "aus besonderen Gründen" sittlich gerechtfertigt sei, wurde jedoch beibehalten.¹⁰⁸⁾

Dadurch sollte nach der amtlichen Begründung sichergestellt werden, daß von dem Erfordernis der Minderjährigkeit nur in wirklichen Ausnahmefällen Befreiung erteilt würde. Ein solcher Ausnahmefall liege etwa vor, wenn ein Pflegekind adoptiert werden solle, dessen Annahme zur Zeit seiner Minderjährigkeit aus beachtlichen Gründen unterblieben sei.¹⁰⁹⁾

In der Beratung des Rechtsausschusses wurden "nur" und "aus besonderen Gründen" gestrichen. Der Grund war, daß die Erwachsenenadoption nicht allzusehr erschwert werden sollte.¹¹⁰⁾

Die grundsätzliche Beschränkung auf die Minderjährigenadoption mit der Möglichkeit der Befreiung wurde hingegen beibehalten, da die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses nur ausnahmsweise mit einem Erwachsenen möglich sei. Denkbar sei es etwa bei der Annahme eines jungen Menschen durch alte

107) BT-Drucks.Nr. 1586, 2. Wahlperiode, Art. 1, Nr. 19;

108) BT-Drucks.Nr. 530, 3. Wahlperiode, Art. 1, Nr. 23a;

109) Amtl. Begründung zu Nr. 24c des Entwurfs, BT-Drucks. 530, 3. Wahlperiode;

110) Sten. Prot. über die 147. Sitzung des Rechtsausschusses am 26. 4. 1961, S. 11 ff., S. 18;

Leute, deren Kinder gestorben seien.¹¹¹⁾

Obwohl es gerechtfertigte Adoptionen Erwachsener gebe - zum Beispiel die Annahme des Hof- oder Betriebserben - seien doch Mißbräuche zu befürchten. Es seien Fälle bekanntgeworden, in denen in amerikanischen Zeitungen durch Annoncen nach einem deutschen Baron gesucht worden sei, der bereit sei, einen Amerikaner zu adoptieren.¹¹²⁾

In der abschließenden Beratung im Bundestag kam die Erwachsenenadoption noch einmal zur Sprache.

Die Abgeordneten Bucher und Wittrock sprachen sich gegen eine Beschränkung der Volljährigenadoption aus, der eine, weil eine Annahme während der Minderjährigkeit häufig nicht verantwortet werden könne, da die Eignung des Anzunehmenden als Hof- oder Betriebsnachfolger nicht feststehe; der andere, weil § 1754 BGB zur Ausschaltung von Mißbräuchen ausreiche.

Hiergegen wurde von der Abgeordneten Dr. Schwarzhaupt vorgebracht, eine Beschränkung sei notwendig, jedoch solle hierdurch nur das tatsächliche Regel-Ausnahmeverhältnis zum Ausdruck kommen. Die Erwachsenenadoption sei in vielen Fällen sinnvoll und wünschenswert, zum Beispiel bei der Adoption eines Hof- oder Betriebserben. Hier solle Befreiung erteilt werden. Lediglich Mißbräuche sollten verhindert werden. Die §§ 1744, 1745c, BGB, wurden sodann ohne weitere Änderung übernommen.¹¹³⁾

Auch das Verfahren wurde durch das Familienrechtsänderungsgesetz neu geregelt, insbesondere die Beteiligung der höheren Verwaltungsbehörde endgültig beseitigt.¹¹⁴⁾

111) Dr. Schwarzhaupt, Sten. Prot. über die 147. Sitzung des Rechtsausschusses am 26. 4. 1961, S. 11;

112) Maßfeller, a. a. O., S. 12;

113) Sten. Prot. über die 164. Sitzung des deutschen Bundestages am 28. 6. 1961, S. 946o;

114) Art. 4, Nr. 10, FamRÄndG.

Die Folge ist, daß ein den Adoptionsvertrag bestätigender Beschluß unanfechtbar ist (§ 67, Abs. 3, FGG). Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit und Bestätigung des Adoptionsvertrages sind in demselben Beschluß möglich (§ 68c, FGG). Wird Befreiung nicht erteilt, so steht dem Annehmenden und nach seinem Tode dem Kind (§ 68b FGG) die Beschwerde zum Landgericht und die weitere Beschwerde zum Oberlandesgericht zu (§§ 27, 28 FGG). Wird die Bestätigung des Adoptionsvertrages abgelehnt, so haben die Beteiligten das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde (§§ 68, 22 FGG) und der sofortigen weiteren Beschwerde (§ 29, Abs. 2 FGG). Gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts ist kein weiteres Rechtsmittel möglich.¹¹⁵⁾

115) Jansen, Komm. zum FGG, Rdn. 7 zu § 27 FGG.

IV. Der heutige Meinungsstand zur Erwachsenenadoption in Rechtsprechung und Literatur.

Es gibt aus neuerer Zeit nur sehr wenig veröffentlichte Rechtsprechung zur Erwachsenenadoption. Die Ursache ist wohl hauptsächlich in der Art des Bestätigungsverfahrens zu suchen.

Das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit schreibt - außer für die Entscheidung des Beschwerdegerichts, § 25 FGG - weder Form noch Inhalt der gerichtlichen Verfügung vor. Ein den Adoptionsvertrag bestätigender Beschluß bedarf daher keiner Begründung und ist somit ungeeignet für die Veröffentlichung.

Für ablehnende Beschlüsse trifft das Gesetz zwar keine andere Regelung¹¹⁶⁾, aber es entspricht einem allgemeinen Brauch, diese Entscheidung mit Gründen zu versehen.¹¹⁷⁾ Sie können daher durchaus von allgemeinem Interesse sein und wären an sich für die Veröffentlichung geeignet.

Die Bestätigung wird jedoch nur selten versagt. Seit 1962 sind aus der Rechtsprechung nur zwei dieser Fälle bekannt.¹¹⁸⁾

Bis zum Bundesgerichtshof kann ein Fall von Erwachsenenadoption normalerweise garnicht gelangen, da gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts kein Rechtsmittel mehr möglich ist.¹¹⁹⁾

Nur dann, wenn entweder ein Oberlandesgericht in seiner Entscheidung von einem anderen Oberlandesgericht oder vom Bundes-

116) Außer in Hessen und Niedersachsen durch Landesrecht, Art. 10 HessFGG, Art. 4, NdsFGG;

117) Jansen, Komm. zum FGG, Rdn. 4 zu § 16 FGG;

118) OLG Oldenburg, NdsRpfl. 1967, 90; OLG Hamm FamRZ 1968, 537;

119) Jansen, a. a. O., Rdn. 7 zu § 27 FGG.

gerichtshof abweichen will und daher diesem vorlegen muß¹²⁰⁾ oder um die Gültigkeit eines bereits bestätigten Adoptionsvertrages gestritten wird, kann es zu einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs kommen.

Es gibt daher seit 1945 nur zwei, seit 1962 gar keine höchst-richterliche Entscheidung zur Erwachsenenadoption.¹²¹⁾

Im ersten Fall hatte die höhere Verwaltungsbehörde sofortige Beschwerde und sofortige weitere Beschwerde gegen die Entscheidung des Amtsgerichts und des Landgerichts eingelegt, das Oberlandesgericht legte dann dem Bundesgerichtshof vor, da es Zweifel daran hatte, ob die Beteiligung der Verwaltung nach § 68, Abs. 1, Satz 1, FGG noch zulässig war.¹²²⁾

Im anderen Fall war der Adoptionsvertrag bereits rechtskräftig bestätigt, die Parteien hatten sich dann aber entzweit. Im Laufe eines Schadensersatzprozesses, den die Angenommene gegen den Adoptivvater führte, stellte das Landgericht die Nichtigkeit des Adoptionsvertrages fest. Daraufhin klagte die Angenommene gegen das Land auf Schadensersatz, weil in dem Bestätigungsverfahren die Adoption nicht wirksam zustande gekommen sei. Im Rahmen dieses Prozesses wurde dann die Frage nach der Gültigkeit des Adoptionsvertrages noch einmal aufgerollt.¹²³⁾

Der Bundesgerichtshof stellt in seinen Entscheidungen fest, daß die Bestätigung eines Adoptionsvertrages gemäß § 1754, Abs. 2,

120) § 28, Abs. 2, FGG;

121) BGH NJW 57, 673, FamRZ 57, 126 = MDR 57, 411
mit Anm. Beitzke; BGHZ 35, 75 = FamRZ 61, 306 = NJW
61, 1461 = DNotZ 61, 550;

122) BGH NJW 57, 673;

123) BGHZ 35, 75 ff., Urt. v. 5. April 1961;

Ziff. 2, BGB, nur versagt werden darf, wenn es sich um offensichtlichen Mißbrauch handelt oder bei unlauterer Gesinnung der Vertragschließenden.¹²⁴⁾

Bei Erwachsenen, so meint er, brauchen die persönlichen Bindungen nicht mehr so innig zu sein wie zwischen dem Annehmenden und einem minderjährigen Adoptivkind. Nicht nur die Absicht, durch die Adoption ein Eltern-Kind-Verhältnis erst herzustellen, sondern auch die Legalisierung eines bereits zwischen den Beteiligten bestehenden derartigen Bandes durch die Annahme an Kindes Statt sei zulässig.

Die Absicht, Erbschaftssteuer zu sparen, sei nicht unbedingt mißbräuchlich, sondern nur dann, wenn die Rechtsform der Adoption offensichtlich unangemessen sei.¹²⁵⁾

Auf diese Ausführungen des Bundesgerichtshofes berufen sich die neueren Entscheidungen, die sich mit dem Problem der Erwachsenenadoption auseinandersetzen¹²⁶⁾, obwohl zu der Zeit, da die Urteile des Bundesgerichtshofes ergingen, die Erwachsenenadoption noch keinen besonderen Beschränkungen unterlag. Zu der Frage, wann Befreiung von der Erfordernis der Minderjährigkeit erteilt werden soll, können sie gar nichts aussagen. Das Oberlandesgericht Hamm und das Landgericht Düsseldorf nehmen zu dieser Frage nur nebenbei und ganz oberflächlich Stellung.

124) BGH NJW 57, 373;

125) BGHZ 35, 75; ähnlich OLG Frankfurt, DNotZ 61, 550. Hier wurde die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses mit einem verheirateten Erwachsenen, dessen Eltern noch lebten und der als Hoferbe vorgesehen war, für möglich gehalten.

Fortsetzung der Fußnoten auf S. 34

So heißt es zwar in der Entscheidung des Landgerichts Düsseldorf, es müsse bei der Volljährigenadoption eine strenge Prüfung stattfinden, ob zwischen den Beteiligten ein echtes Eltern-Kind-Verhältnis hergestellt werden solle. Es hält sie aber auch dann, wenn eine weniger enge Gestaltung der persönlichen Beziehung von vornherein ins Auge gefaßt sei, für möglich. Sittlich gerechtfertigt sei die Herstellung des Annahmeverhältnisses dann, wenn "sie durch einen verständigen, von der Rechtsordnung nicht mißbilligten Zweck veranlaßt ist."¹²⁷⁾

In ähnlich großzügigem Sinn äußert sich das Oberlandesgericht Hamm. Es meint, die Minderjährigenadoption solle zwar gefördert, die Annahme Erwachsener aber keineswegs erschwert werden.¹²⁸⁾

An dem Mangel an veröffentlichter Rechtsprechung liegt es wohl, daß sich in der neueren Literatur nur wenig über die Erwachsenenadoption findet.

Vor der Verabschiedung des Familienrechtsänderungsgesetzes setzte sich Knur¹²⁹⁾ für die Beibehaltung der gesetzlichen Regelung ein.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes war es vor allem Bosch, der nicht ohne Einfluß auf die Rechtsprechung geblieben ist.¹³⁰⁾

Fußnote von Seite 33:

126) OLG Hamm FamRZ 68, 481; LG Düsseldorf, FamRZ 68, 537;

Fußnote zu Seite 34:

127) LG Düsseldorf, a. a. O.

128) OLG Hamm, a. a. O.

129) Knur, DNotZ 59, 284;

130) Bosch, FamRZ 64, 401; auf ihn beruft sich das LG Düsseldorf, FamRZ 68, 537;

In einem ausführlichen Gutachten zu einem praktischen Fall setzt er sich mit ganz ähnlichen Argumenten wie Knur für eine liberale Auslegung des geltenden Gesetzes ein. Diese seine Überzeugung begründet er u. a. mit rechtshistorischen und rechtsvergleichenden Betrachtungen, wobei er zu dem Ergebnis kommt, die Erwachsenenadoption sei ein Rechtsinstitut, das europäisch-humanistischer Rechtsgesinnung entspreche und das ein echtes Humanum sei.¹³¹⁾ Er ist ferner der Ansicht, eine deutsche Regelung dürfe sich nicht zu sehr von den westlichen Nachbarn unterscheiden, die zum größten Teil die Erwachsenenadoption nicht einschränkten. Zur Auslegung der §§ 1754, Abs. 2, Ziff. 2, 1745c, BGB, führt er aus, für die Frage, ob die Herstellung des Annahmeverhältnisses sittlich gerechtfertigt sei, trage der Antragsteller die Darlegungslast, es müsse hingegen vom Gericht dargetan werden, warum es begründete Zweifel an der Absicht der Beteiligten habe, ein Eltern-Kind-Verhältnis herzustellen.¹³²⁾

Für die Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs "sittlich gerechtfertigt" (§ 1745c BGB) schließt er sich der Meinung von Jansen¹³³⁾ an.

Dieser meint, es müsse berücksichtigt werden, daß die Erwachsenenadoption eine notwendige, segensreichen Zwecken dienstbar zu machende Rechtseinrichtung sei, für die nach wie vor ein praktisches Bedürfnis bestehe. Die Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit sei daher nicht nur in seltenen Ausnahmefällen zu erteilen. Sittlich gerechtfertigt sei die

131) Bosch, a. a. O., S. 410;

132) Bosch, a. a. O., S. 401, 402;

133) Jansen, Handkommentar zum FGG, Ergänzung 1962, Anm. 3a zu § 65; Bosch, a. a. O., S. 410;

Annahme dann, wenn sie durch einen verständigen, von der Sittenordnung nicht mißbilligten Zweck veranlaßt werde, z. B. durch den Wunsch, einen Erben für den Hof oder das gewerbliche Unternehmen zu haben.¹³⁴⁾

Nach Ansicht von Knur ist nicht nur bei geplanter Hof- oder Betriebsübergabe an das Adoptivkind von dem Erfordernis der Minderjährigkeit zu befreien. Es komme nicht darauf an, ob die Adoption vom Standpunkt eines objektiven Betrachters aus sittlich gerechtfertigt sei, sondern ob die Beteiligten den Wunsch haben, ein Eltern-Kind-Verhältnis herzustellen.¹³⁵⁾

Dieser Auslegung des § 1745c BGB hat sich Dölle angeschlossen. Er ist der Ansicht, die Motive seien für die sittliche Rechtfertigung des Adoptionsvertrages von besonderer Bedeutung. Es sei Sache der Beteiligten, dem Gericht die Überzeugung zu verschaffen, daß die Annahme sittlich gerechtfertigt sei.¹³⁶⁾

Nach Gernhuber kann die sittliche Rechtfertigung des Adoptionsvertrages nicht bereits in dem ernsthaften Willen zu einem dem Eltern-Kind-Verhältnis entsprechenden Familienband gefunden werden. Sie verlange zumindest ein weiteres Element. Mit Sicherheit sei die Erwachsenenadoption dann zulässig, wenn die Annahme während der Minderjährigkeit an sich möglich gewesen wäre, aber aus beachtlichen Gründen unterblieben sei, wenn es sich also lediglich um eine nachgeholte Minderjährigenadoption handle. Eine sittliche Rechtfertigung müsse aber auch

134) Diese Meinung vertritt Jansen auch heute noch unverändert, Kommentar zum FGG, 2. Bd., 2. Aufl., 1970, Rdn. 4 zu § 68b FGG;

135) Knur, DNotZ 62, 576;

136) Dölle, FamR, Bd. II, 1965, § 112 III, S. 580.

in den legitimen Zwecken der Erwachsenenadoption selbst gefunden werden können.¹³⁷⁾

Beitzke stellt fest, auch bei der Erwachsenenadoption seien Fälle denkbar, in denen ein gerechtfertigtes Anliegen der Beteiligten bestehe, z. B. bei der Legalisierung eines langjährigen Pflegekindverhältnisses oder der Rückadoption durch die leiblichen Eltern nach dem Tod des Adoptierenden. Zuglässig sei die Annahme eines Volljährigen, wenn sie sittlich gerechtfertigt sei.¹³⁸⁾

Nach Ansicht von Scheffler darf das Gericht Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit nur dann erteilen, wenn es den Beteiligten um die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses geht. Es gehe zu Lasten des Antragstellers, wenn die Gründe für die Annahme nicht erwiesen werden können. Sittlich gerechtfertigt sei eine Adoption schon dann, wenn mit ihr ein anerkennenswerter, vernünftiger Zweck verfolgt werde und nicht nur, wenn eine Ablehnung der Bestätigung eine Härte für die Beteiligten bedeuten würde. Als Beispiel nennt er die Legalisierung langjähriger Pflegekindschaft, wobei es nicht darauf ankomme, aus welchen Gründen die Adoption nicht schon früher vorgenommen worden ist.¹³⁹⁾

Nach Staudinger-Engler ist die Herstellung eines Annahmeverhältnisses sittlich gerechtfertigt, wenn mit ihr ein anerkennenswerter Zweck verfolgt wird. Dies sei regelmäßig dann der Fall, wenn die Herstellung eines dem natürlichen Eltern-Kind-Verhält-

137) Gernhuber, Familienrecht, 1964, § 62 I, S. 665;

138) Beitzke, Familienrecht, 15. Aufl., 1970,
§ 33 III, S. 221;

139) Scheffler in RGRK, Anm. 1, 2 zu § 1745c BGB

nis entsprechenden Familienbandes geplant sei. Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit sei nicht nur dann zu gewähren, wenn die Ablehnung eine Unbilligkeit oder Härte wäre.

Als Beispiele nennt er die Adoption eines Pflegekindes oder Verwandten oder auch eine Adoption anstelle eines verstorbenen Kindes.¹⁴⁰⁾

Soergel-Siebert-Lade beschränkt sich in seiner Auslegung des § 1745c BGB auf den Hinweis, der Gesetzgeber habe die Adoption Erwachsener nicht unangemessen erschweren wollen. Als Beispiele für sittlich gerechtfertigte Erwachsenenadoptionen werden genannt: der Fall eines kinderlosen Hofeigentümers, der einen Verwandten adoptieren will, um ihm seinen Hof zu vererben, und die Adoption eines Pflegekindes, dessen Eignung zum Nachfolger sich während der Minderjährigkeit nicht beurteilen ließ. Es sei positiv nachzuweisen, daß die Adoption sittlich gerechtfertigt sei.¹⁴¹⁾

Nach Erman-Hefermehl sind Adoptionen Erwachsener wegen der Mißbrauchsgefahr grundsätzlich unerwünscht. Sittlich gerechtfertigt sei z. B. die Adoption eines Pflegekindes, das als Minderjähriger aus beachtlichen Gründen nicht angenommen werden konnte.¹⁴²⁾

140) Staudinger-Engler, Komm. zum BGB, IV. Bd., 10/11, Aufl., 1969, Anm. 2 zu § 1745 BGB

141) Soergel-Siebert-Lade, Komm. zum BGB, IV. Bd., 9. Aufl., Stand Frühjahr 1963, Anm. 1 ff zu § 1745c BGB

142) Erman-Hefermehl, Handkomm. zum BGB, 2. Bd., 4. Aufl., 1967, Anm. 2 zu § 1745c BGB.

Palandt-Lauterbach ist der Ansicht, die Erwachsenenadoption erfolge besonders häufig aus unlauteren Gründen. . Es sei deshalb eine scharfe Prüfung notwendig. Abzulehnen sei die Befreiung vom Erfordernis der Minderjährigkeit, wenn wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielten, so daß das Eltern-Kind-Verhältnis dahinter völlig zurücktrete. Bei Zweifeln sei zu versagen.¹⁴³⁾

14) Palandt-Lauterbach, Komm. zum BGB, 29. Aufl.,
1970, Anm. 1 zu § 1745c BGB

V. Wann ist eine Adoption sittlich gerechtfertigt?

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß weder Rechtsprechung noch Literatur befriedigende Kriterien dafür anbieten können, wann Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit zu erteilen ist. Denn was beispielsweise unter einem "vernünftigen, von der Rechtsordnung nicht mißbilligten Zweck"¹⁴⁵⁾ zu verstehen ist, läßt sich ebenso wenig definieren wie der Begriff der sittlichen Rechtfertigung.

Allerdings trifft dieser Vorwurf vor allem den Gesetzgeber. Die Formulierung des § 1745c BGB geht in ihrer Unbestimmtheit an die Grenze dessen, was noch als verfassungsmäßig anzusehen ist.

Wenn auch dem Gesetzgeber das Recht eingeräumt werden muß, die Adoptionsmöglichkeit zu beschränken, um eine wirksame Kontrolle auszuüben¹⁴⁶⁾, so bestehen doch Bedenken, ob der durch das Gesetz vorgenommene Eingriff in die Privatsphäre (Art. 2 GG) hinreichend bestimmt ist.

Allein nach dem Gesetzeswortlaut läßt sich für den Bürger kaum voraussehen, ob eine beabsichtigte Adoption als sittlich gerechtfertigt angesehen werden wird.

Bei verfassungskonformer Auslegung¹⁴⁷⁾ ergibt sich jedoch eine Deutung, die vagen Sittlichkeitserwägungen keinen Spielraum läßt.

145) Jansen, a.a.O., Rdn. 4 zu § 68b FGG; RGRK-Scheffler, Anm. 2 zu § 1745c BGB; Staudinger-Engler, Anm. 2 zu § 1745c BGB; Bosch, a.a.O., S. 410; LG Düsseldorf, Fam RZ 68, 481;

146) Siehe Maunz-Dürig-Herzog, Komm. zum GG, Anm. 2 ff. zu Art. 2;

147) Vgl. BVerfGE 1, 33; 2, 380.

Keinesfalls darf das Erfordernis der sittlichen Rechtfertigung als eine Aufforderung an den Richter verstanden werden, die Absichten und Motive Adoptionswilliger an seinen eigenen moralischen und sittlichen Wertmaßstäben zu messen. Der Vorschrift des § 1745c BGB kommt vielmehr lediglich eine Kontrollfunktion zu, die dem Bestätigungsgericht eine bessere Handhabe als bisher geben will, die Hintergründe der Adoption aufzudecken.

Damit ist jedoch noch nicht gesagt, worauf bei dieser Kontrolle zu achten ist.

Nach der Systematik des Gesetzes sieht es zunächst so aus, als ob allein die Absicht, ein Eltern-Kind-Verhältnis herzustellen, für die Befreiung vom Erfordernis der Minderjährigkeit nicht genüge.

Die Beschränkung der Adoption auf Minderjährige mit der Möglichkeit der Befreiung würde dann nämlich keinen rechten Sinn ergeben. Die Voraussetzungen für die Bestätigung eines Vertrages mit einem Minderjährigen und einem Volljährigen würden sich in nichts unterscheiden, lediglich die Beweislast wäre unterschiedlich geregelt.

Demnach müßte, wie Gernhuber bemerkt¹⁴⁸⁾, noch ein zusätzliches Element gefordert werden, von dessen Vorhandensein die Bestätigung abhängig wäre.

Es fragt sich aber, ob es sachlich gerechtfertigt ist, in den Fällen die Adoption nicht zuzulassen, in denen lediglich eine bereits bestehende oder im Entstehen begriffene Bindung der Beteiligten zueinander legalisiert werden soll, ohne daß damit noch ein weiterer Zweck verfolgt wird. Die Beschränkung der Adoption auf Minderjährige mit der Möglichkeit der Befreiung soll Mißbräuche

148) Gernhuber, a. a. O., § 62 I, S. 665.

des Rechtsinstituts verhindern, wie sie besonders in Form der Namensadoption in der Vergangenheit häufig vorgekommen sind. Dies ergibt sich eindeutig aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Die zunächst von der Bundesregierung vorgeschlagene Formulierung des § 1745c BGB, von dem Erfordernis der Minderjährigkeit solle nur befreit werden, wenn die Herstellung eines Annahmeverhältnisses aus besonderen Gründen sittlich gerechtfertigt sei¹⁴⁹⁾, wurde ausdrücklich fallengelassen, da der Anschein einer Diskriminierung der Erwachsenenadoption vermieden und sie nicht über Gebühr erschwert werden sollte.¹⁵⁰⁾

Auch abgesehen von dem Willen des Gesetzgebers gibt es keinen Grund, Adoptionen zu verbieten, für die lediglich der Wunsch nach Herstellung eines dem Eltern-Kind-Verhältnis entsprechenden Familienbandes Anlaß ist. Die Vermutung, bei der Erwachsenenadoption sei ein derartiges Verhältnis nur selten beabsichtigt¹⁵¹⁾, reicht nicht aus, diese Adoptionen generell zu verbieten.

Entgegen dem sich zunächst aus der Systematik des Gesetzes ergebenden Eindruck kann daher ein weiteres Element, ein besonderer "rechtfertigender" Grund, der die Adoption erst zu einer sittlich gerechtfertigten macht, als Voraussetzung für die Befreiung nicht verlangt werden.

Verzichtet man aber auf das Erfordernis eines objektiv erkennbaren Grundes, bei dessen Vorliegen es unbillig wäre, die Adoption nicht zuzulassen, so muß der Versuch scheitern, das Merkmal der sittlichen Rechtfertigung positiv zu definieren.

149) BT-Drucks. 1586, 2. Wahlp., Art. 1, Nr. 19, des Regierungsentwurfs;

150) Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses zu BT-Drucks. Nr. 2812, S. 6;

151) BT-Drucks. 1586, 2. Wahlp., Begründung zu Art. 1, Nr. 19.

Der unbestimmte Rechtsbegriff kann dann lediglich durch eine andere vage Formel ersetzt werden. Da es dann lediglich auf die Motive der Antragsteller ankommt, und da diese Motive von Fall zu Fall verschieden sein können, gibt es kein gemeinsames Merkmal aller sittlich gerechtfertigten Erwachsenenadoptionen.

Die Fälle hingegen, die durch die Beschränkung der Adoptionsmöglichkeit verhindert werden sollten, gleichen sich alle in einem Punkt. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um eine Namensadoption, um eine Adoption zwecks Steuerersparnis handelt, oder ob beispielsweise die Möglichkeit der Anfechtung eines Erbvertrages nach §§ 2281, 2079 BGB geschaffen werden soll.

Das besondere an diesen Adoptionen ist, daß eine einzige Folge des Eltern-Kind-Verhältnisses Anlaß für die Kindesannahme ist.

Das Gesetz stützt das Verwandtschaftsverhältnis der ehelichen Abstammung mit einer Reihe von vermögensrechtlichen und sonstigen Wirkungen aus, die aus verschiedenen Gründen von Vorteil sein können. Wenn nun diese Wirkungen auf andere Weise nicht herbeigeführt werden können, so werden die übrigen Folgen der Adoption, auf die es den Beteiligten gar nicht ankommt, mit in Kauf genommen. Dadurch wird der Adoptionsvertrag nicht zu einem Scheingeschäft, denn die Rechtsfolgen sind ernstlich gewollt. Ohne die eine Wirkung, zum Beispiel die steuerlichen Vorteile, die an die Abstammung anknüpfen, wäre die Adoption aber nicht vorgenommen worden. Schon Ihering hat in seinem "Geist des römischen Rechts" die Möglichkeit aufgezeigt, Rechtsinstitute Zwecken nutzbar zu

machen, für die sie eigentlich gar nicht bestimmt sind:

"Um gewisse Wirkungen, auf die es abgesehen ist, zu erzielen, wird ein Geschäft oder ein Verhältnis, in welchen dieselben als einzelne Momente des gesamten Inhalts, sei es als Zweck oder als bloße Folge ... enthalten sind, in der Weise verwendet, daß lediglich diese einzelne Wirkung herausgegriffen wird, während man die übrigen als unbrauchbar fallen läßt. Um aus der Kette a - x bloß ein einziges Glied zu gewinnen, nimmt man die ganze Kette und wirft alles andere bis auf dies einzige Glied weg".¹⁵²⁾

Immer dann also, wenn aus dem Rechtsinstitut der Kindesannahme einzelne Folgen gleichsam herausgeschält werden, während ein Eltern-Kind-Verhältnis gar nicht besteht und auch nicht gewünscht wird, um auf diese Weise sonst nicht erreichbare Vorteile zu erlangen, darf nicht von dem Erfordernis der Minderjährigkeit befreit werden.

Was allerdings unter einem Eltern-Kind-Verhältnis zu verstehen ist, läßt sich nur schwer definieren, da eine solche Beziehung von Fall zu Fall verschieden ist.

Daß hierunter bei erwachsenen Kindern auch eine weniger enge Bindung als zwischen Eltern und kleinen Kindern fallen kann¹⁵³⁾, versteht sich von selbst. Auch schließen gewisse finanzielle Interessen auf beiden Seiten, wie etwa der Wunsch nach Verpflegung auf Seiten der Eltern, das Bestehen einer solchen Beziehung nicht aus. Es muß jedoch wenigstens ein Kern von

152) Jhering, Der Geist des römischen Rechts, S. 149;

153) BGHZ 35, 75, Urteil vom 5. April 1961

gegenseitiger Zuneigung vorhanden sein, der nicht von materiellen Vorteilen abhängig ist. Wo diese Zuneigung fehlt, kann von einem Eltern-Kind-Verhältnis nicht mehr gesprochen werden.

Die Kontrollfunktion des § 1745c BGB ähnelt also derjenigen des § 1754, Abs. 2, Ziffer 2, BGB.

Während aber bei der letzteren Vorschrift von der Regel ausgegangen wird, daß ein Eltern-Kind-Verhältnis hergestellt werden soll, darf nach § 1745c BGB dem Antrag auf Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit nur stattgegeben werden, wenn die Beteiligten alle Zweifel ausgeräumt haben.

Es wird nicht verkannt, daß auch dann, wenn man der hier vertretenen Auffassung folgt, die Feststellung, ob die Herstellung eines Annahmeverhältnisses im Einzelfall sittlich gerechtfertigt ist, sehr schwierig sein kann. Die Gefahr, daß die Beteiligten ihre wahren Motive verschweigen, läßt sich nicht vermeiden. Da das Gericht bei der Frage, ob es von dem Erfordernis der Minderjährigkeit befreien soll, hauptsächlich auf die Angaben der Vertragschließenden angewiesen ist, und da die Motive für die Entscheidung von großer Bedeutung sind, ist es nützlich, einmal zu untersuchen, welche Beweggründe für die Erwachsenenadoption in Frage kommen.

Nur selten wird die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses Zweck der Adoption sein. Es gibt nämlich kaum eine Wirkung der Annahme an Kindes Statt, die nach Eintritt der Volljährigkeit noch dazu beitragen kann, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Beteiligten zu stärken. Der Angenommene erhält nach der Bestätigung des Vertrages die Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden. Diese Wirkung ist bei der Adoption

eines Minderjährigen von entscheidender Bedeutung, da der Annehmende damit die elterliche Gewalt erlangt (§§ 1757, 1626 ff. BGB), die leiblichen Eltern sie dagegen verlieren (§ 1765 BGB). Der Annehmende hat nunmehr das Recht, das Kind zu erziehen, zu versorgen, seinen Aufenthalt zu bestimmen und es zu vertreten (§§ 1626, Abs. 2, 1631, BGB); er kann es von jedem Dritten herausverlangen (§ 1632, Abs. 1, BGB). Bei einer Pflegekindschaft stehen diese Rechte grundsätzlich weiter den leiblichen Eltern zu. Es besteht daher immer die Gefahr, daß sie das Kind den Pflegeeltern wieder entziehen. Diese Gefahr kann nur durch die Adoption beseitigt werden. Der Annehmende erhält die volle Verantwortung für das Kind, was in vielen Fällen erst die Voraussetzung für ein Eltern-Kind-Verhältnis schafft.

An einem Erwachsenen hingegen kann keine elterliche Gewalt bestehen (§ 1626, Abs. 1, BGB). Die leiblichen Eltern können ihr Kind demnach nicht hindern, bei den Wahl Eltern seinen Wohnsitz zu nehmen. Es ist den Beteiligten unbenommen, auch ohne Adoption ihr persönliches Verhältnis so eng zu gestalten, wie zwischen Eltern und Kindern. Nur dann, wenn die Beteiligten die innere Bindung zueinander legalisieren wollen, ohne sich klarzumachen, daß die rechtliche Form für den Bestand des Eltern-Kind-Verhältnisses gar nicht notwendig ist, ist die Begründung oder Vertiefung dieser Beziehung als Motiv denkbar.

Von den übrigen Wirkungen der Adoption, wie Herstellung der Namensgleichheit, Begründung eines Erbrechts des Kindes und eines gegenseitigen Unterhaltsanspruchs, wird es nicht abhängen, ob ein Eltern-Kind-Verhältnis entsteht oder nicht.

Aber auch auf Herbeiführung dieser mehr äußeren Wirkungen kommt es den Beteiligten oft nicht an. Die Herstellung der Namensgleichheit hat dann keine Bedeutung, wenn ein gleichnamiger Verwandter oder eine verheiratete Frau - hier ändert sich nur der Geburtsname - adoptiert wird. Die gegenseitige Unterhaltspflicht wird häufig nicht in Anspruch genommen, besonders, wenn die Beteiligten vermögend sind. Ein Grund für die Schaffung einer rechtlichen Unterhaltsverpflichtung ist nur dann ersichtlich, wenn der Anzunehmende den Wahlvater oder die Wahlmutter bereits unterhält, aber nicht in den Genuß des Steuerfreibetrages nach § 33a EStG kommt, da die Unterhaltsleistung nicht als notwendige besondere Belastung anerkannt wird.

Die Adoption ist auch in der Regel nicht notwendig, um für den Angenommenen ein Erbrecht zu begründen, denn der Anzunehmende kann ihn testamentarisch zum Erben einsetzen. Veranlassung für die Adoption kann aus erbrechtlichen Gründen nur bestehen, wenn durch das Adoptivkind als Erben erster Ordnung der Pflichtteilsanspruch der Eltern ausgeschlossen werden soll, oder wenn durch Schaffung eines gesetzlichen Erben die Möglichkeit, einen Erbvertrag anzufechten, herbeigeführt werden soll.

Möglich ist es, daß ein Pflegekind, das den Hof oder Betrieb übernehmen soll, erst deshalb nach Eintritt der Volljährigkeit adoptiert wird, weil seine Eignung als Nachfolger sich früher nicht beurteilen ließ. Die Scheu, sich festzulegen, paßt aber viel eher zu jemand, der weniger einen Sohn als lediglich einen tüchtigen Nachfolger sucht. Gerade elterliche

Zuneigung entsteht nicht erst dann, wenn sich die Eignung des Kindes als Betriebsnachfolger herausgestellt hat. In einem solchen Fall müssen Bedenken an dem Bestehen eines echten Eltern-Kind-Verhältnisses aufkommen.

Wenn also weder die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses, noch die Erhaltung des Namens, noch die Begründung eines Erbrechts oder einer Unterhaltspflicht Motiv für die Adoption sein kann, so bleiben nur die steuerlichen Vorteile, die den Beteiligten durch die Adoption zugute kommen.

Alle Erwerbe von Todes wegen und alle Schenkungen unterliegen der Erbschaftssteuer. Das Erbschaftssteuergesetz vom 1.4.59¹⁵⁴⁾ unterscheidet 5 Steuerklassen (§ 10 ErbStG). Zur Steuerklasse I gehören der Ehegatte und die Kinder, auch Adoptivkinder, zur Steuerklasse II die Abkömmlinge der Kinder, zur Steuerklasse III Eltern und Geschwister, zur Klasse IV Schwiegereltern und Schwiegerkinder sowie Neffen und Nichten und schließlich zur Klasse V alle übrigen Personen.

Die Steuerklasse I bietet gegenüber den übrigen Klassen eine Reihe erheblicher Vorteile. So ist zunächst einmal der Steuertarif hier wesentlich niedriger. Bei Erwerben bis zu DM 10.000. - beträgt er in der Klasse I 2%, in der Klasse IV 8% und in der Klasse V 14%. Auch die Progression des Steuertarifs ist schwächer. In der höchsten Stufe, bei Erwerben über DM 10.000.000. -, werden in der Klasse I 15%, in der Klasse IV dagegen 50% und in der Klasse V sogar 60% erhoben (§ 11 ErbStG).

154) Ebenso im Prinzip die Rechtslage nach dem ErbStG in der Fassung vom 30. 6. 1951, BGBl. S. 759.

Da, wie noch zu zeigen sein wird, die Mehrzahl der Adoptivkinder den Klassen IV und V (Neffen und Nichten, sowie Nichtverwandte) angehören, lohnt sich die Adoption auch bei einem nicht allzu großen Vermögen. Dies wird noch deutlicher, wenn man die verschiedenen Freibeträge im Auge behält.¹⁵⁵⁾

Dem Ehegatten des Erblassers steht zum Beispiel ein Freibetrag von DM 250.000. - zu, wenn zum Zeitpunkt der Entstehung der Steuerschuld gemeinsame Kinder, Adoptivkinder oder Abkömmlinge leben (§ 16 ErbStG). Die Adoption kann daher unter Umständen im eigenen Interesse der Adoptiveltern liegen.

Weiter steht den Kindern ein Freibetrag von DM 30.000. - zu, in den Steuerklassen III und IV bleiben DM 3.000. - steuerfrei und in der Steuerklasse V schließlich nur DM 1.000. -.

In den letztgenannten Klassen muß der gesamte Erwerb versteuert werden, wenn er den Freibetrag übersteigt (§ 17, Abs. 2, ErbStG), bei Kindern jedoch nur der über den steuerfreien Betrag hinausgehende Erwerb.

Ein Beispiel mag verdeutlichen, wie hoch die Ersparnis von Steuer bei einer Adoption sein kann. Hinterläßt der Erblasser ein Vermögen von nur DM 30.000. -, so muß das Adoptivkind keine Steuer zahlen. Für den nicht adoptierten Neffen entsteht eine Steuerschuld von 12% = DM 3.600. -, bei einem Nichtverwandten von 18% = DM 5.400. -. Besteht das Vermögen in einem Hausgrundstück oder kleineren Betrieb, so kann es für den Erben durchaus von Bedeutung sein, ob er den Betrag zahlen muß.

155) §§ 16, 17, 18 ErbStG.

Bei einer Hinterlassenschaft mit höherem Wert tritt dies noch stärker zutage. Sind es zum Beispiel DM 300.000.-, die erworben werden, so hat das Adoptivkind DM 16.200.-, der Neffe DM 72.000.- und der Nichtverwandte DM 90.000.- zu zahlen.

Auch bei diesem Beispiel handelt es sich noch um verhältnismäßig kleine Vermögensmassen. Es sollte jedoch gezeigt werden, daß es sich nicht unbedingt um Millionenwerte handeln muß, wenn sich die Einsparung von Erbschaftssteuer lohnen soll.

Erfolgt die Vermögensübergabe als entgeltliches Geschäft, das nicht unter das Erbschaftssteuergesetz fällt, so kann durch die Adoption auf andere Art Steuer gespart werden. Nach § 1 des Grunderwerbssteuergesetzes unterliegt der Erwerb von Grundstücken der Besteuerung. Nach § 3, Ziff. 6 des Gesetzes wird der Erwerb durch Abkömmlinge nicht versteuert. Hierunter fallen auch Adoptivkinder.¹⁵⁶⁾

Der Überblick über die möglichen Motive für die Erwachsenenadoption zeigt, daß Steuerersparnis häufig alleiniges Motiv sein wird. Selbst wenn in den Fällen, in denen ein echtes Eltern-Kind-Verhältnis besteht, den Vertragschließenden die rechtlichen Vorteile der Adoption zugestanden werden, so wird es doch nicht selten vorkommen, daß die Kindesannahme auch ohne diese Beziehung allein um der steuerlichen Vorteile willen geplant ist.

Gerade dann, wenn ein kinderloser Hof- oder Betriebseigentümer den zukünftigen Nachfolger adoptiert, besteht der Verdacht, daß zwar möglicherweise verwandtschaftliche Zuneigung -

156) FG München, DNotZ 59, 273, 618, Urt. v. 8. 7. 1958

etwa bei der Adoption eines Neffen -, nicht aber eine Bindung wie zwischen Eltern und Kindern besteht. Wie wäre es denn sonst zu erklären, daß die Adoption erst zu einem so späten Zeitpunkt erfolgt, in dem sich normalerweise die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern eher lockern. Können die Vertragsschließenden die in diesem Fall bestehenden Bedenken nicht zweifelsfrei ausräumen, so darf Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit nicht gewährt werden.

VI. Die Motive für die Erwachsenenadoption.

Um zu erfahren, welche Gründe heute zur Erwachsenenadoption führen, muß auf unveröffentlichte Akten zurückgegriffen werden.^{156a)} Aus den wenigen veröffentlichten Entscheidungen läßt sich hierüber kein Aufschluß gewinnen, zumal in einigen Entscheidungen die Erwachsenenadoption nur beiläufig erwähnt wird.¹⁵⁷⁾ Nur selten treten die wahren Motive zutage, wie in den beiden vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fällen. Das eine Mal hatte ein Landwirt seine Nichte angenommen, um ihr später den Hof zu übergeben. Später kam es zwischen den Beteiligten zum Bruch und der Annehmende behauptete nunmehr Nichtigkeit des Vertrages, da Zweck der Adoption lediglich die Ersparnis von Erbschaftssteuer gewesen sei.¹⁵⁸⁾ In dem anderen vom Bundesgericht entschiedenen Fall sollte ebenfalls der Hof an die Angenommene, eine Nichte, übergeben werden. Der Zweck des Vertrages war die Sicherung der Pflege für das Alter der Annehmenden, wobei auch Steuerersparnis eine Rolle spielte.¹⁵⁹⁾ In den übrigen veröffentlichten Entscheidungen ist nach Angaben der Beteiligten alleiniges Motiv für die Adoption die Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses.

Um die Beweggründe zu erforschen, wurden die Amtsgerichte in Bayern, Baden-Württemberg und im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) angeschrieben mit der Bitte,

156a) Zu diesem Zweck wären auch Befragungen der Beteiligten in Frage gekommen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob wahrheitsgemäße Auskünfte erwartet werden konnten, so daß Befragungen jedenfalls in diesem Bereich wenig Aufschluß versprochen. Überdies hätte diese Form der Untersuchung erheblich mehr an personellem und materiellem Aufwand erfordert, als von einem einzelnen bewältigt werden konnte.

157) FG München, DNotZ 59, 273; BFH 72, 541, Urt. v. 30. 11. 1960; 74, 553, Urt. v. 14. 3. 1962;

158) BGHZ 35, 75 ff.

159) BGH NJW 57, 673 ff.

in den seit 1949 vorgekommenen Fällen von Erwachsenenadoption Akteneinsicht zu gewähren.

Die Länder Bayern und Baden-Württemberg wurden ausgewählt, weil sie in ihrer Bevölkerungsstruktur einen Querschnitt durch alle Bevölkerungsschichten bieten. Baden-Württemberg hat hinter Nordrhein-Westfalen im Bundesdurchschnitt den höchsten Anteil am produzierenden Gewerbe. Gleichzeitig hat es einen verhältnismäßig hohen Anteil an in der Landwirtschaft tätigen Personen, während Handel, Dienstleistungen und Verkehr etwas schwächer ausgeprägt sind.

Seiner Struktur nach entspricht Baden-Württemberg den Ländern Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz mit einem ausgewogenen Verhältnis der verschiedenen Wirtschaftszweige und kommt auch dem Bundesdurchschnitt am nächsten.¹⁶⁰⁾

Bayern hingegen hat nach Rheinland-Pfalz den höchsten Prozentsatz an Land- und Forstwirtschaft. Das produzierende Gewerbe sowie Handel, Verkehr und Dienstleistungen liegen mit etwa 4% knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Hier bestand Aussicht, die immer wieder als Modell der billigen Erwachsenenadoption erwähnte¹⁶¹⁾ Kindesannahme in bauerlichen Kreisen zu finden.¹⁶²⁾

160) Siehe Tabelle S. 55

161) Soergel-Siebert-Lade, a. a. O., Rdn. 1 zu § 1745c BGB; Elisabeth Schwarzhaupt, Sten. Prot. über die 164. Sitzung des Bundestages, 3. Wahlp., am 28. 6. 1961; Knur, DNotZ 59, 284, 293.

162) Siehe Tabelle S. 55
Alle Daten wurden der Reihe "Bevölkerung und Kultur" des statistischen Bundesamtes Wiesbaden, Volks- und Berufszählung am 6. 6. 1961, Heft 12, Erwerbspersonen in wirtschaftlicher und sozialer Gliederung, S. 29 ff., entnommen. Die Ergebnisse der Volkszählung 1970 lagen bei Fertigstellung der Arbeit noch nicht vor.

Im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf schließlich befindet sich ein industrielles Ballungszentrum. Schon das Land Nordrhein-Westfalen hat unter allen Bundesländern den höchsten Anteil am produzierenden Gewerbe, verbunden mit ausgeprägtem Handel sowie Verkehrs- und Dienstleistungsbetrieben bei ziemlich schwacher landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf liegt der Prozentsatz am produzierenden Gewerbe und an Handel, Verkehr und Dienstleistungen noch erheblich über dem Landesdurchschnitt, während der Anteil der Landwirtschaft verschwindend gering ist.¹⁶³⁾

	Wirtschaftsbereich		
	Land- und Forstwirtsch.	produz. Gewerbe	Handel, Verkehr, Dienstleistungen
Gesamtdurchschnitt Nrh. - Westf.	6, 4%	56, 4%	37, 2%
OLG-Bezirk Düsseldorf	3, 5%	57, 8%	38, 7%
Bundesdurchschnitt	14, 1%	48, 7%	37, 2%

Wegen des hohen Anteils an Industrie bestand in diesem Gebiet die Aussicht, sowohl Adoptionen in Unternehmerkreisen zu finden, als auch die Motive für Erwachsenenadoptionen bei Arbeitern und Angestellten zu erforschen.

163) Die Daten bezüglich des Oberlandesgerichts Düsseldorf wurden durch eine Auskunft bei dem Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf ermittelt. Eine veröffentlichte Statistik über dieses Gebiet existiert nicht.

	Wirtschaftsbereich		
	Land- und Forstwirtsch.	produz. Gewerbe	Handel, Verkehr, Dienstleistungen
Baden- Württemb.	15, 8%	52, 5%	31, 7%
Bayern	21, 6%	44, 7%	33, 7%
OLG-Bez. Düsseldorf	3, 5%	57, 4%	38, 7%
Bundes- durch- schnitt	14, 1%	48, 7%	37, 2%

Leider konnten bei weitem nicht alle Adoptionsakten in den ausgewählten Bezirken eingesehen werden. Von den 38 im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf angeschriebenen Gerichten gewährten 13 (34, 2%) Akteneinsicht; im Ganzen wurden in diesem Gebiet 105 Fälle von Erwachsenenadoption untersucht.

In Baden-Württemberg gewährten von 129 Amtsgerichten 23 (17, 8%) Akteneinsicht, in Bayern waren es von 170 Gerichten 34 (20%). In Baden-Württemberg wurden 137, in Bayern 482 Akten eingesehen, insgesamt konnten also 724 Erwachsenenadoptionen auf ihre Motive hin untersucht werden.¹⁶⁴⁾

Der Grund dafür, daß nur so wenige Amtsgerichte bereit waren, Akteneinsicht zu gewähren, ist in dem Umstand zu suchen, daß Erwachsenenadoptionen nicht gesondert registriert werden. Unter dem Aktenzeichen X für Adoptionen werden außerdem noch eine Reihe anderer familienrechtlicher Angelegenheiten erfaßt, wie Volljährigkeitserklärungen, Entziehung der elterlichen Gewalt u. a. Die Gerichte sahen sich daher in den meisten Fällen nicht

¹⁶⁴⁾ Aktennachweise im Anhang S. V ff.

in der Lage, aus den Tausenden von Akten, die bei jedem Amtsgericht seit 1949 angefallen sind, die Fälle der Erwachsenenadoption herauszusuchen. Einige Gerichte waren auch der Meinung, eine Akteneinsicht laufe den Interessen der Beteiligten zuwider; insgesamt 6 Gerichte teilten mit, daß Fälle von Erwachsenenadoption bei ihnen nicht vorgekommen seien, einige reagierten gar nicht.

Diese Untersuchung kann demnach keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es ist möglich, daß sich gerade unter den nicht eingesehenen Akten die interessantesten Fälle befinden.

Dennoch kann auch aus der verhältnismäßig geringen Zahl von 724 Adoptionen ein Einblick in die Motive der Volljährigenadoption gewonnen werden. Eine vorsichtige Verallgemeinerung der gebildeten Durchschnittszahlen ist deshalb möglich, weil die Akten wahllos zusammengestellt wurden. Daß nicht nur die Akten überlassen wurden, die man "vorzeigen" kann und andere, zum Beispiel Namensadoptionen, zurückgehalten wurden, ergibt sich schon daraus, daß der Leiter des Amtsgerichts, der die Entscheidung jeweils traf, die Akten im einzelnen gar nicht kennen konnte. Der bearbeitende Richter hat in fast allen Fällen seit 1949 mehrmals gewechselt. Auch er machte sich wohl nicht die Mühe, die Akten alle noch einmal durchzusehen. Wie im übrigen den bei den Akten befindlichen Verfügungen zu entnehmen war, wurde meistens ein Justizsekretär beauftragt, die Akten auszusuchen, dem es wohl gleichgültig war, welchen Inhalt sie hatten.

Bei der Auswertung ergab sich die Schwierigkeit, daß den Akten oft nicht viel zu entnehmen war. Besonders bei den

Adoptionen aus der Zeit vor Inkrafttreten des Familienrechts-
änderungsgesetzes vom 11. August 1961 besteht der Vorgang
meist nur aus einem knapp formulierten Vertrag, den erforderlichen
Urkunden und dem Bestätigungsbeschluß. Oft sind
nur Alter und Beruf der Beteiligten angegeben, eventuell noch
ein Verwandtschaftsverhältnis. Aber auch schon daraus lassen
sich Schlüsse ziehen. Nimmt zum Beispiel ein kinderloser
Bäckermeister einen jungen Mann an, der ebenfalls Bäcker-
meister ist, so liegt die Folgerung nahe, daß er ihm entweder
seine Bäckerei vererben oder schon vorher übergeben will.
Daß bei den Überlegungen der Beteiligten die Ersparnis von
Erbschaftssteuer eine wesentliche Rolle gespielt hat, liegt
nach dem oben (S. 50 ff.) Gesagten nahe. In den Bestätigungs-
verfahren nach dem 11. August 1961 wird meist - jedoch kei-
neswegs immer - eine Anhörung der Beteiligten durchgeführt.
Auch wird der notarielle Vertrag etwas ausführlicher gestal-
tet.

Erstaunlich ist dennoch, mit welch dürftigen Angaben sich
manche Gerichte auch nach Einführung der §§ 1744, S. 3,
1745c, BGB, begnügen. So wird zum Teil lediglich angegeben,
der Anzunehmende sei als Hoferbe vorgesehen, oder auch, der
Anzunehmende führe mit dem Annehmenden einen gemeinsamen
Haushalt.

Die Häufigkeit der Erwachsenenadoption hat nach dem Jahr
1961 nicht abgenommen. Von den 724 Adoptionen wurden 367
in den zwölf Jahren von 1949 bis 1961 einschließlich bestätigt,
die restlichen 357 von 1962 bis zum Sommer 1970.

Den Anträgen auf Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährigkeit und Bestätigung des Vertrages wurde in fast allen Fällen stattgegeben. Nur in 4 Fällen wurde die Bestätigung abgelehnt, in einem dieser Fälle hob das Landgericht den Beschluß wieder auf. In einem weiteren Fall nahm der Annehmende seinen Antrag zurück, da das Gericht offensichtlich die Absicht hatte, die Befreiung zu versagen.

Am häufigsten handelt es sich bei den Annehmenden um ein Ehepaar (313 Fälle). 234 Annehmende sind männlichen, 177 weiblichen Geschlechts. In Baden-Württemberg und im OLG-Bezirk Düsseldorf stehen die Männer mit einer Anzahl von 57 beziehungsweise 54 gegenüber 49 und 26 Ehepaaren an der Spitze. Es folgen die Frauen mit Zahlen von 31 und 25. Erstaunlicherweise liegen bei den Angenommenen die Frauen an der Spitze, und zwar durch alle Berufsgruppen hindurch. Nur bei den Unternehmern sind die männlichen Angenommenen etwas zahlreicher. Insgesamt wurden 366 Männer und 374 Frauen angenommen. In Baden-Württemberg waren es 57 Männer und 72 Frauen, im OLG-Bezirk Düsseldorf 55 Männer und 54 Frauen.¹⁶⁵⁾

Das Durchschnittsalter der männlichen Annehmenden ist 62,9 Jahre, das der Frauen 61,9 Jahre.

Die Angenommenen sind im Durchschnitt 28,8 Jahre alt.

165) Differenzen zwischen der Zahl der Angenommenen und der Zahl der Adoptionen ergeben sich daraus, daß in einigen Fällen zwei Kinder angenommen wurden.

A. Die Gliederung der Adoptionen innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Gruppen.

Bei der Gliederung der Adoptionen nach der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Beteiligten ergibt sich folgendes Bild:¹⁶⁶⁾

Von den 724 Adoptionen sind bei 535 die Annehmenden Selbständige (73,9%), bei 144 sind sie in abhängiger Stellung tätig (19,9%).

In den restlichen 45 Fällen (6,2%) ist die soziale und wirtschaftliche Stellung nicht feststellbar. Zum größten Teil handelt es sich um Personen, die gar keinen Beruf angeben, die wohl auch keinen ausüben, wie etwa Witwen und finanziell unabhängige Personen. Zum Teil wird als Beruf auch "Hausbesitzer" oder ähnliches angegeben.

Schon hier fällt auf, wie hoch der Prozentsatz der Selbständigen ist, fast umgekehrt zu dem Verhältnis von Selbständigen und Abhängigen in der Gesamtbevölkerung. Im Bundesdurchschnitt sind 72,3% der Bevölkerung in abhängiger Stellung tätig, nur 12,2% sind selbständig.¹⁶⁷⁾

Unter den Selbständigen sind die Landwirte mit einer Anzahl von 343 (64%) am stärksten vertreten. Gleichzeitig sind sie die absolut größte Gruppe, mit 47,4% machen sie fast die Hälfte aller Adoptionen aus. Der restliche Teil der Selbständigen wurde nochmals unterteilt in Unternehmer, wie zum Beispiel Fabrikanten oder Inhaber größerer kaufmännischer Unternehmen¹⁶⁸⁾, mittelständische selbständige Gewerbe-

166) Siehe auch Tabelle S. 65;
Die Einteilung richtet sich nach dem Status der Annehmenden.

167) Stat. Bundesamt Wiesbaden, Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, Heft 12, S. 29;

treibende und freiberuflich Tätige, wie Ärzte, Architekten, auch freischaffende Künstler. Zu den mittelständischen Gewerbetreibenden wurden selbständige Handwerker, Gastwirte, Besitzer kleiner Läden gerechnet.

Den Landwirten folgen mit weitem Abstand die Unternehmer mit 91 Fällen (17%). Insgesamt gesehen, sind sie die drittgrößte Gruppe hinter Landwirten und Arbeitern mit einem Prozentsatz an der Gesamtzahl von 12,6%.

Fast ebenso stark sind die mittelständischen Gewerbetreibenden mit einer Anzahl von 85 (16%). Diese Gruppe steht insgesamt an vierter Stelle (11,7%). Schließlich bleiben noch die freiberuflich Tätigen, die mit einer Zahl von nur 16 Adoptionen sowohl in der Gruppe der Selbständigen (3%) als auch auf die Gesamtzahl bezogen (2,2%) an letzter Stelle stehen.

Die in abhängiger Stellung tätigen Personen wurden in drei Untergruppen geteilt, nämlich in Abhängige in leitenden Positionen, wie leitende Angestellte und höhere Beamte. Die zweite Gruppe bilden die Angestellten, die nicht zu den leitenden Angestellten gehören, sowie die Angehörigen der gehobenen und mittleren Beamtenlaufbahn.

Die dritte Gruppe schließlich bilden die Arbeiter.

Fußnote von Seite 59:

- 168) Die Betriebsgröße konnte aus den Akten nicht ermittelt werden. Die Klassifizierung als Unternehmer stützt sich auf die Berufsbezeichnung der Beteiligten, wie z. B. Fabrikant, Inhaber einer Pelzgroßhandlung o. ä. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß es sich zum Teil um mittelständische Unternehmen handelt.

Die bei den Abhängigen am stärksten vertretene Gruppe sind die Arbeiter mit 93 (64, 6%) Adoptionen.

An der Gesamtzahl sind die Arbeiter mit 12, 9% beteiligt. Es folgen die Abhängigen in leitenden Positionen mit einer Zahl von 29 (20, 1%, 4% der Gesamtzahl).

Die kleinste Gruppe sind die Beamten in mittleren Positionen und die Angestellten mit 22 (15, 3%) Adoptionen. An der Gesamtzahl haben sie einen Anteil von 3% und stehen an vorletzter Stelle vor den freiberuflich tätigen Selbständigen.

Betrachtet man die Länder Baden-Württemberg und Bayern sowie den OLG-Bezirk Düsseldorf jeweils für sich, so ergeben sich einige Verschiebungen, die jedoch erstaunlich geringfügig sind.

1. Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf

Von den in diesem Gebiet untersuchten Adoptionen entfallen 72 (68, 6%) auf die Selbständigen, 14 (13, 3%) auf die in abhängiger Stellung Tätigen.

Bei 19 (18%) konnte der wirtschaftliche und soziale Status der Annehmenden nicht festgestellt werden.

Innerhalb der Selbständigen stehen auch hier die Landwirte mit einer Zahl von 42 (58, 3%) an der Spitze. Auf die Gesamtzahl der Adoptionen in diesem Gebiet bezogen, haben sie einen Anteil von 40%. Dieser hohe Prozentsatz ist umso erstaunlicher, als der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen mit nur 3, 5% der Erwerbspersonen außerordentlich niedrig ist. Dabei sind in dem Prozentsatz noch die landwirt-

schaftlichen Arbeiter miteinfaßt, während in dieser Untersuchung nur selbständige Landwirte gemeint sind.

Der Anteil der Unternehmer liegt mit 21 (29, 1%) innerhalb der Selbständigen und mit 20% insgesamt in diesem Bereich über dem Durchschnitt.

Dies überrascht für dieses Industriegebiet nicht.

Demgegenüber sind die mittelständischen Selbständigen (8, 11, 1%, auf den Durchschnitt im OLG-Bezirk Düsseldorf bezogen 7, 6%), und die freiberuflich Tätigen mit nur einer Adoption (1, 4%, im Gesamtdurchschnitt 0, 95%) sehr schwach vertreten.

Bei den in abhängiger Stellung tätigen Personen führen auch hier, wie in allen Ländern, die Arbeiter mit 9 Adoptionen (64, 3%, 8, 6% der Gesamtzahl).

Die in leitenden und mittleren Positionen tätigen Abhängigen folgen mit 3 (21, 3%, 2, 9% der Gesamtzahl) und 2 (14, 4%, 1, 9% der Gesamtzahl) Adoptionen.

2. Baden-Württemberg

Von den 137 Adoptionen in Baden-Württemberg entfallen 96 (70, 1%) auf die Gruppe der Selbständigen, 33 (24%) auf die Abhängigen und bei 8 (5, 8%) ist der Beruf nicht feststellbar.

46 Adoptionen wurden von Landwirten vorgenommen (47, 9%, 33, 6% im Gesamtdurchschnitt des Landes), 18 von mittelständischen selbständigen Gewerbetreibenden (18, 8%, 13, 1% der Gesamtzahl) und 5 von freiberuflich tätigen Selbständigen (5, 2%, 3, 7% der Gesamtzahl).

Bei den in abhängiger Stellung tätigen Personen führen die Arbeiter mit 23 (67,7%, 16,8% der Gesamtzahl) vor den Abhängigen in leitenden Stellungen (24,2%, 5,8% der Gesamtzahl) und den Abhängigen in mittleren Positionen mit 2 Adoptionen (6,1%, 1,4% der Gesamtzahl).

3. Bayern

Aus Bayern kommen rund zwei Drittel aller untersuchten Fälle von Erwachsenenadoption (482). Davon entfallen gut die Hälfte (255, 69,5%, auf die Gesamtzahl bezogen 52,9%). Die aus Bayern kommenden Adoptionen aus bauerlichen Kreisen sind sogar zahlreicher als alle Adoptionen in den beiden anderen Ländern zusammen (255 zu 242). Die Erklärung liegt zum Teil in dem hohen Anteil der bauerlichen Bevölkerung in diesem Land.

Den Landwirten folgen in Bayern innerhalb der Gruppe der Selbständigen nicht, wie in den übrigen beiden Ländern und im Gesamtdurchschnitt, die Unternehmer, sondern die mittelständischen, selbständigen Gewerbetreibenden mit 59 (16,1%, 12,2% im Landesdurchschnitt) Adoptionen. Erst dann folgen die Unternehmer mit 43 Fällen (11,7%, 8,9% im Landesdurchschnitt). Die kleinste Gruppe sind wiederum die freiberuflich Tätigen mit 10 Adoptionen (2,7%, 2,1% der Gesamtzahl).

Die stärkste Gruppe bei den Abhängigen sind die Arbeiter mit 61 Adoptionen (62,8%, 12,7% der Gesamtzahl). Gleich stark sind die Abhängigen in leitenden und mittleren Positionen mit je 18 Adoptionen (18,6%, 3,7% der Gesamtzahl).

Bedauerlicherweise ist eine statistische Erfassung der hier verwendeten soziologischen Gruppen für die Gesamtbevölkerung nicht vorhanden.

Lediglich für die in Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen und für die Arbeiter können Vergleichszahlen angegeben werden.

Zum Zeitpunkt der Volkszählung im Jahr 1961 waren im Bund in Land- und Forstwirtschaft 13,5% der Erwerbspersonen tätig, im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf, 3,5%, in Baden-Württemberg 15,8% und in Bayern 21,6%. In diesen Zahlen sind allerdings auch die landwirtschaftlichen Arbeiter enthalten.

Im Bundesdurchschnitt waren 1961 45,5% Arbeiter, in Nordrhein-Westfalen 50,5%, in Baden-Württemberg 46,2% und in Bayern 42,3%.¹⁶⁹⁾

Es kann festgestellt werden, daß nicht etwa in den Schichten, die den größten Teil der Bevölkerung ausmachen, auch die meisten Adoptionen Erwachsener vorkommen. Vielmehr finden sich die meisten Fälle in einer ganz kleinen Gruppe, die jedoch im Durchschnitt mehr Vermögen besitzt als die in abhängiger Stellung Tätigen. Offensichtlich besteht eine Relation zwischen Eigentum und dem Vorkommen der Erwachsenen-Adoption. Diese Tatsache kann nur eine Ursache haben: dort, wo Vermögen vorhanden ist, besteht auch das Bedürfnis nach Ersparnis der Erbschaftssteuer.

169) Stat. Bundesamt Wiesbaden, a. a. O.
Für den Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf waren keine Vergleichsdaten bezüglich der Arbeiter zu ermitteln.

Dies wird umso deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß häufig ein gleichnamiger Verwandter adoptiert wird. Von den 366 männlichen Angenommenen führt etwa ein Drittel, nämlich 124, den gleichen Namen wie der Annehmende. In diesen Fällen kann es sich nicht darum handeln, durch die Adoption den Familiennamen zu erhalten.

Der prozentuale Anteil der Berufsgruppen im Durchschnitt der jeweiligen Gruppe (Selbst. - Abh.)

Land	Selbständige					Abhängige				Sonst.
	Zus.	Ldwe.	Untn.	Mittl.	Freib.	Zus.	Arb.	Leit.	Mittl.	
Insges. 724	535	343 64%	91 17%	85 16%	16 3%	144	93 64,6%	29 20,1%	22 15,3%	45
OLG- Bez. Düssel- dorf 105	72	42 58,3%	21 29,2%	8 11,1%	1 1,4%	14	9 64,3%	3 21,3%	2 14,4%	19
Baden- Württ. 137	96	46 47,9%	27 28,1%	18 18,8%	5 5,2%	33	23 67,7%	8 24,2%	2 6,1%	8
Bayern 482	367	255 69,5%	43 11,7%	59 16,1%	10 2,7%	97	61 62,8%	18 18,6%	18 18,6%	18

Der Anteil der Berufsgruppen im Gesamtdurchschnitt

(in %)

Land	Selbständige					Abhängige				Sonst	
	Zus.	Ldwe.	Untn.	Mittl.	Freib.	Zus.	Arb.	Leit.	Mittl.	.	-
Insges.	73,9	47,4	12,6	11,7	2,2	19,9	12,9	4	3		6,2
OLG- Bez. Düs- seld.	68,6	40	20	7,6	0,95	13,3	8,6	2,9	1,9		18
Bad. - Württ.	70,1	33,6	19,7	13,1	3,7	24	16,8	5,8	1,4		5,8
Bayern	76,1	52,9	8,9	12,2	2,1	20,1	12,7	3,7	3,7		3,7

B. Die Motive für die Adoptionen im einzelnen.

Die Akten wurden, um die Motive für die Adoptionen herauszufinden, nach folgenden Gesichtspunkten untersucht:

- Spielt die Übertragung des Namens eine Rolle, handelt es sich insbesondere um eine Namensadoption?
- In welchem Verhältnis steht der Angenommene zu dem Annehmenden, ist er ein Verwandter, Pflegekind, eigenes uneheliches Kind oder Stiefkind?
- Wie wird das Eltern-Kind-Verhältnis begründet?
- Ist der Angenommene als Hof- oder Betriebsnachfolger vorgesehen?
- Soll eine gesetzliche Unterhaltspflicht geschaffen werden?
- Soll durch die Adoption Erbschaftssteuer gespart werden?

Nur ein Teil der unter diese Kategorien fallenden Adoptionen läßt sich exakt ermitteln.

So kann in vielen Fällen nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden, ob die Ersparnis von Erbschaftssteuer als Motiv in Frage kommt.

Es wird daher im folgenden in der Regel darauf verzichtet, diese Adoptionen zahlenmäßig zu erfassen. Nach dem oben (Seite 50) Gesagten dürfte die Zahl der Annahme künftiger Hof- oder Betriebsnachfolger einen Anhaltspunkt dafür geben, wie oft die Einsparung von Erbschaftssteuer zumindest ein Motiv unter anderen ist.

Es tauchen im Lauf der Untersuchung Motive auf, auf die bisher nicht eingegangen wurde, zum Beispiel die Adoption zwecks

Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern (Siehe Seite 93).

Es handelt sich hierbei jedoch um Randerscheinungen, die das Gesamtbild nicht verändern, so daß eine ausführliche Behandlung nicht notwendig erscheint.

In der nachfolgenden Untersuchung werden in den einzelnen Berufsgruppen die Adoptionen von Stiefkindern und Pflegekindern, die während ihrer Minderjährigkeit nicht adoptiert werden konnten, sowie von eigenen unehelichen Kindern jeweils zusammengefaßt. In diesen Fällen kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß wirtschaftliche Gesichtspunkte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Adoptionen wurden daher bei den zukünftigen Hof- und Betriebsnachfolgern nicht mitgezählt. Die Anzahl der Adoptionen von Pflegekindern, die während ihrer Minderjährigkeit nicht adoptiert werden konnten, bezieht sich daher nur auf die Pflegekinder insgesamt.

Damit soll nicht ausgeschlossen werden, daß sich auch unter den übrigen Adoptionen solche befinden, die als sittlich gerechtfertigt anzusehen sind, jedoch ergeben sich hier keine Anhaltspunkte für die Motive aus den Akten.

In einer Reihe von Fällen (124 Adoptionen) ist das angenommene Pflegekind gleichzeitig mit dem Annehmenden verwandt. Diese Fälle wurden nur bei den Pflegekindern erfaßt, da bei einem Pflegekind eher als bei einem Verwandten davon ausgegangen werden kann, daß ein Eltern-Kind-Verhältnis besteht.

Die unehelichen Kinder sind seit der Geltung des Gesetzes über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19. 8. 1969

(in Kraft seit dem 1. 7. 1970)¹⁷⁰⁾ auch mit ihrem Vater verwandt. Sie werden jedoch bei den Verwandten nicht miterfaßt, sondern gesondert erwähnt, da die Beziehung der Beteiligten in diesen Fällen eine andere ist als bei der Adoption eines entfernteren Verwandten.

Bei einer Anzahl von Adoptionen konnte den Akten nichts über die Motive entnommen werden. Diese Fälle wurden nicht in einer besonderen Gruppe erfaßt.

1. Namensadoptionen

Wegen der besonderen Bedeutung der Namensadoption in der Geschichte des Adoptionsrechts sollen zunächst die Fälle im Zusammenhang geschildert werden, in denen es den Beteiligten allein um die Übertragung des Namens ging, ohne daß dabei nach der Berufszugehörigkeit differenziert wird.¹⁷¹⁾

Die Zahl der Adligen unter den Annehmenden ist verschwindend klein, insgesamt sind es nur 10 Fälle (1,3%), und zwar im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf 2 (1,9%), in Baden-Württemberg ebenfalls 2 (1,5%) und in Bayern 6 (1,2%).

Darunter sind nur drei Fälle, in denen ein Nichtadliger angenommen wird und nur zweimal (0,25%) kann davon ausgegangen werden, daß die Adoption um der Übertragung des adligen Namens willen erfolgte.

Die erste Adoption dieser Art stammt aus dem Jahre 1946, fällt

170) BGBI. I, S. 1243.

171) Seit der Geltung des Familienrechtsänderungsgesetzes ist kein einziger Fall bekannt, in dem in der Rechtsprechung über eine Namensadoption entschieden wurde.

also eigentlich aus dem Rahmen dieser Untersuchung.¹⁷²⁾

Hier nahm ein Ehepaar mit adligem Namen einen bürgerlichen Briefmarkenhändler an.

Die Annehmenden lebten nach eigenen Angaben in ärmlichen Verhältnissen. Die Adoption wurde unter anderem deshalb durchgeführt, damit der Adoptivsohn die Besitzungen des Annehmenden in der Tschechoslowakei für Deutschland wiedergewinnen könne.

Nach der Bestätigung des Vertrages schrieb der Adelsverband an das Gericht und behauptete, ein Adelsnahme wie der des Annehmenden existiere nicht mehr, er sei schon vor längerer Zeit ausgestorben. In dem Taufschein des Annehmenden war auch nur ein ähnlich klingender bürgerlicher Name verzeichnet mit der Bemerkung, angeblich trage der Täufling den Adelsnamen.

Durch den Justizminister wurde in einem Namensfeststellungsverfahren bestimmt, daß der Annehmende diesen bürgerlichen Namen zu tragen habe. Dieser wollte nunmehr die Adoption aufheben, der Angenommene war jedoch verschwunden. Aus den Akten ergibt sich, daß er in der Schweiz wegen Betruges gesucht wurde. Später konnte der Annehmende jedoch nachweisen, daß er das Adelsprädikat zu Recht getragen hatte.

Bei der zweiten Namensadoption nahm ein Fabrikant einen Journalisten an Kindes Statt an.¹⁷³⁾

Zur Begründung des Eltern-Kind-Verhältnisses wurde vorgetragen, die zunächst nur freundschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen der Beteiligten hätten sich zu einer familiären Bindung verdichtet.

172) Amtsgericht Fürth, Az. 1X511/46

173) Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen, Az. X 135/66.

Der Bruder des Annehmenden, ein ehemaliger Offizier, schrieb daraufhin an das Amtsgericht, es solle den Vertrag nicht bestätigen, da sein Bruder "seinen guten Namen für DM 12. 000, -- verkaufen" wolle. Er habe den Anzunehmenden unmittelbar vor Abschluß des Vertrages durch die Vermittlung eines Dritten kennen- gelernt, und zwar nur um die Adoption gegen Geld zustande zu bringen. Das Unternehmen des Annehmenden sei überschuldet.

Der Sohn des Annehmenden aus erster Ehe bestätigte diese Aussagen. Er gab zusätzlich an, sein Vater brauche das Geld für seine Spielleidenschaft, im ganzen Bundesgebiet seien schon die Spielbanken für ihn gesperrt.

Der Antrag auf Befreiung von dem Erfordernis der Minderjährig- keit wurde daraufhin von dem Annehmenden zurückgenommen.

Bei den übrigen¹⁷⁴⁾ durch Adlige vorgenommenen Adoptionen ging es nicht um die Übertragung des Adelsprädikats.

Es gibt allerdings auch Adoptionen, die nur um der Übertragung des Namens willen vorgenommen werden, ohne daß der Name adlig zu sein braucht.

So ließ sich ein junger Mann erklärtermaßen deshalb von seinem Stiefvater adoptieren, um seinen polnischen Namen, der ihm schon immer die Hänseleien anderer eingebracht hatte, abzulegen.¹⁷⁵⁾

Ein anderer junger Mann glaubte, durch die Namensänderung in- folge der Adoption könne er erreichen, daß er nun nicht mehr im Strafregister erscheine.¹⁷⁶⁾

174) Amtsgericht Rheydt, Az. 4 X 15616; Friedberg i. Bay. Az. X 134/63; Neckarbischofsheim, Az. UR II 11/52; Bruchsal, Az. FR 201/53; Donauwörth, Az. 128/50; Neuburg/Donau, Az. X 133/69; Bamberg, Az. X 134/63;

175) Amtsgericht Kleve, Az. 5 Xa 318/68;

176) Amtsgericht Kempen, Az. X 129 27.

Ein Dritter ließ sich von dem Großvater mütterlicherseits annehmen, da er den Namen seines Vaters ablegen wollte. Er gab an, der Name sei ihm hinderlich, da der Vater einen liederlichen Lebenswandel führe.¹⁷⁷⁾

Alle diese Verträge wurden bestätigt.

In einem anderen, nicht bestätigten Fall wollte ein österreichischer Kaufmann von seiner Großtante adoptiert werden, da er unter deren Namen das ererbte Geschäft fortführen wolle. Aus der dem Gericht vorliegenden Korrespondenz mit der Tante ging hervor, daß es einzig und allein um die Namensübertragung ging.¹⁷⁸⁾

Als letztes sei noch der Fall einer jungen Frau geschildert, die von einem Ehepaar angenommen werden wollte, das zufällig den gleichen Namen führte wie ihr Freund, der Vater ihrer beiden unehelichen Kinder. Dieser Mann konnte sich nicht scheiden lassen und die Frau nicht heiraten. Deshalb wollte sie sich und den Kindern auf diese Weise seinen Namen verschaffen, um als verheiratete Frau auftreten zu können. Die Annehmenden hatten sich, wie sie sagten, nur aus Mitleid zu der Annahme bereit erklärt, nachdem aber das Gericht sie über die rechtlichen Folgen der Adoption, insbesondere über eventuelle Unterhaltsverpflichtungen, aufgeklärt hatte, waren sie sehr erleichtert, daß das Gericht den Vertrag nicht bestätigte.¹⁷⁹⁾

177) Amtsgericht Münchberg, Az. X 195/50

178) Amtsgericht Waldsassen, Az. X 118/56

179) Amtsgericht Ingolstadt, Az. X 523/68.

2. Motive für die Erwachsenenadoption bei den Selbständigen.

Im folgenden sollen die einzelnen Berufsgruppen gesondert nach den oben (S. 67) angeführten Gesichtspunkten untersucht werden, zunächst die am stärksten vertretene Berufsgruppe, die

a. Landwirte.¹⁸⁰⁾

In 196 der 343 Fälle wird ausdrücklich erklärt, daß der Hof entweder alsbald an den Anzunehmenden übergeben werden soll, oder daß das Adoptivkind als Erbe vorgesehen ist (57, 1%).

Bisweilen wird sogar erklärt, die Adoption erfolge, um den Hof zu übergeben.¹⁸¹⁾

In einer weiteren Gruppe von 87 Adoptionen wird dies zwar nicht ausdrücklich erklärt, es ergibt sich aber mittelbar aus dem Akteninhalt. Jedesmal ist das Adoptivkind ebenfalls Landwirt. Ein geeigneter anderer Nachfolger ist nicht vorhanden, entweder haben die Annehmenden keine Kinder oder diese sind gestorben, oder aber sie haben sich mit den Kindern überworfen. In einigen Fällen ist auch das Kind als Nachfolger ungeeignet, weil es einen anderen Beruf ausübt.

Meistens wird es ausdrücklich bei der gesetzlichen Erbfolge belassen, wenn dies nicht der Fall ist, wird lediglich das Erbrecht hinter dem Erstversterbenden des annehmenden Ehepaares ausgeschlossen. Häufig (in 47 dieser Fälle) lebt das Adoptivkind schon jahrelang bei den Adoptiveltern und bewirtschaftet den Hof zusammen mit diesen. In allen Fällen haben die Beteiligten bereits den gleichen Wohnsitz. Die Folgerung, daß das Adoptivkind einmal den Hof übernehmen soll, ergibt sich daher ganz zwanglos.

180) Aktennachweis im Anhang

181) z. B. Amtsgericht Donauwörth, Az. X 217/54

In drei Fällen (0,9%) soll durch die Adoption die Erhaltung des Familiennamens gesichert werden.

Von den 198 (57,7%) adoptierten Verwandten sind 182 als Betriebsnachfolger vorgesehen.

Es werden insgesamt 75 Pflegekinder angenommen (21,9%). Davon entfallen 52 auf die Gruppe der zukünftigen Nachfolger, in 10 weiteren Fällen war die Adoption zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich, entweder, weil die leiblichen Eltern des Pflegekindes während seiner Minderjährigkeit nicht zugestimmt hatten, oder weil die Annehmenden geglaubt hatten, die Erreichung des 50. Lebensjahres sei noch Voraussetzung für die Adoption.

Viermal wird ein eigenes uneheliches Kind adoptiert, achtmal ein uneheliches oder ersteheliches Kind des Ehegatten.

Bei der Annahme eines unehelichen Kindes der Ehefrau unterblieb die Adoption zum Teil deshalb während der Minderjährigkeit des Kindes, weil der Annehmende geglaubt hatte, durch die Einbenennung nach § 1706 BGB habe der Anzunehmende schon die Stellung eines ehelichen Kindes.

Die Gruppe der unehelichen Kinder, der Pflege- und Stiefkinder, die zu einem früheren Zeitpunkt nicht adoptiert werden konnten, haben bei den Landwirten einen Anteil von 6,4% (22 Fälle) an der Gesamtzahl.

In den Fällen, in denen der Hofnachfolger adoptiert wird (283, 82,5%), handelt es sich oft um einen ganz sachlichen Handel. Die Hofeigentümer sind zu alt geworden, um den Hof allein zu

bewirtschaften. Sie halten deshalb in der Verwandtschaft nach einer geeigneten Person Ausschau, die ihnen dabei helfen könnte. Ob es sich dabei um einen jungen Mann oder eine junge Frau handelt, ist gleichgültig. Lohn wollen oder können sie nicht zahlen, deshalb arbeitet der Anzunehmende umsonst mit und erhält dafür später den Hof. Bei der Durchsicht der Akten erstaunte immer wieder die Geschäftsmäßigkeit, mit der die Adoption betrieben wird.

Das Eltern-Kind-Verhältnis wird häufig (in 153 Fällen) lediglich damit begründet, daß der Anzunehmende schon seit Jahren ohne Entgelt auf dem Hof mitarbeite. Dieses Argument wurde von den Bestätigungsgerichten als absolut überzeugend angesehen. Offensichtlich wurde dieser Altruismus nur Kindern zugetraut.

Zur Verdeutlichung sollen einige Adoptionen ausführlicher geschildert werden. Es handelt sich nicht um Ausnahmen, sondern um typische Fälle.

In dem ersten Fall nimmt ein Bauer die Ehefrau seines Neffen an. Der Neffe trägt übrigens nicht den gleichen Namen wie der Adoptivvater seiner Frau, die Übertragung des Familiennamens soll hier wohl gerade vermieden werden.

Der erklärte Grund ist, es sei so schwer, Arbeitskräfte zu finden. Die Adoptivtochter soll schon jetzt zusammen mit ihrem Mann den Hof bewirtschaften, ihn später übernehmen und den Adoptivvater verpflegen.¹⁸²⁾

In einem anderen Fall¹⁸³⁾ nimmt ein Ehepaar einen einundzwanzigjährigen Landwirt an, der seit einem Jahr unentgeltlich auf

182) Amtsgericht Kleve, 5 Xa 59/66;

183) Amtsgericht Kelheim, Az. X 131/69

dem Hof arbeitet. Die Annehmenden geben an, daß sie vorher schon mehrmals vergeblich Versuche gemacht hätten, einen Verwandten zu adoptieren, um den Hof weiterführen zu können.

Besonders aufschlußreich ist der Fall, in dem eine ledige Landwirtin ihren Neffen annimmt. Die Tante ist pflegebedürftig, deshalb soll der Neffe den Hof übernehmen. Nach eigenen Angaben der Annehmenden erfolgte die Adoption auf Anraten des Bauernverbandes, um Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer zu sparen.¹⁸⁴⁾ Es besteht der Verdacht, daß der Bauernverband auch noch in anderen Fällen diesen Rat gegeben hat. Übrigens wurde der Vertrag ohne Umstände bestätigt.

Schließlich sei noch ein Fall erwähnt, in dem ein lediger Landwirt den Sohn eines Vetters annimmt. Bei der Anhörung stellte sich folgender Hergang heraus: Der Annehmende war zu seinem Vetter, dem Vater des Anzunehmenden, gegangen und hatte ihn gefragt, ob nicht einer seiner Söhne zu ihm, dem Annehmenden, auf den Hof kommen wolle, er würde dann den Hof erben. Er selbst könne den Hof nicht mehr allein versorgen.

Der Anzunehmende, der den zukünftigen Adoptivvater bis dahin kaum kannte, hatte sich daraufhin den Hof angesehen und zugestimmt. Bis dahin war allerdings von Adoption noch keine Rede.

Bei dieser Gelegenheit hatte der Vater des Anzunehmenden seinem Vetter DM 20.000. -- geliehen, damit dieser seine Schwester in ein Kloster einkaufen könne. Der junge Verwandte war dann auf den Hof gezogen, hatte dort mitgeholfen und unter anderem einen Stall gebaut, in den er an Arbeitsleistung und Kapital nochmals DM 20.000. -- investierte. Dann war es jedoch zu leichten

184) Amtsgericht Neuburg/Donau, Az.: X 146/68.

Differenzen gekommen, der Anzunehmende und sein Vater verlangten, der Annehmende solle entweder zwei Grundstücke an den Anzunehmenden auflassen oder DM 40.000. -- zahlen. Erst jetzt wurde die Adoption erwogen, und zwar deshalb, weil der Notar die Beteiligten darauf aufmerksam machte, daß die Adoption mit anschließender Hofübergabe steuerlich billiger komme als die Auflassung der Grundstücke. Der Annehmende trug nun dem Gericht vor, die Adoption "müsse klappen", da er sonst die DM 40.000. -- zahlen müsse. Die Adoption wurde bestätigt.¹⁸⁵⁾

Alle diese Fälle sind in gewisser Weise typisch, auch wenn der letzte der einzige Fall einer Adoption zur Sicherung eines Darlehens ist und auch sonst einige Besonderheiten aufgrund der örtlichen und persönlichen Verhältnisse aufweist. Typisch erscheint hier jedoch die Art und Weise, in der die Adoption in die Wege geleitet wird.

Es zeigt sich, daß bei den Landwirten die Mehrzahl der Adoptionen aus wirtschaftlichen Gründen abgeschlossen wird.

Neben den steuerlichen Erwägungen spielt wohl auch die Sicherung der gegenseitigen Abmachungen eine Rolle. Dem Angenommenen ist das Erbe sicher, auch wenn der Annehmende ihm sein Vermögen nicht testamentarisch hinterläßt. Zumindest kann ihm das Pflichtteil nur noch schwer entzogen werden. Auf der anderen Seite hat der Annehmende einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch gegen den Angenommenen. Zwar wird Pflege im Alter nur selten als Grund für die Adoption erwähnt, jedoch bleibt die Regelung dieser Frage wohl dem späteren Übergabevertrag vorbehalten.

185) Amtsgericht Starnberg, Az. X 422/66, X 70/66.
Das erste Aktenzeichen bezieht sich auf die Befreiung vom Erfordernis der Minderjährigkeit, das zweite auf das Bestätigungsverfahren.

Landwirte (343)^{185a)}

Erhaltung des Namens	Unter- halt	Hof- nach- fol- ger 185b)	Erb-u. steuer- recht- liche Gründe 185c)	Ver- wandte	Pflege- kind	eigenes unehel. Kind	Stiefkind
3 (0, 9%)	3 (0, 9%)	284 (28, 5%) davon Pflege- kinder: 52 davon Ver- wandte: 182	-	98 (57, 7%)	75 (21, 9%) davon Adoption früher nicht möglich: 10 Pflegekinder, die früher nicht adoptiert werden konnten, eigene unehel. Kinder, Stiefkinder: 22 (6%).	4 (1, 174)	8 (2, 33%)

185a) Bei den tabellarischen Übersichten auf den Seiten 78, 81, 83, 89, 90, 91 und 94 überschneiden sich die einzelnen Sparten teilweise (z. B. Verwandte und Hofnachfolger), so daß sich die Summe der angegebenen Zahlen nicht mit der Gesamtzahl der Adoptionen in der jeweiligen Gruppe deckt.

185b) In den Sparten "Erhaltung des Namens" und "Unterhalt" werden jeweils nur die Fälle angeführt, in denen diese Motive in den Akten erwähnt werden. Es kann jedoch angenommen werden, daß sie weit häufiger eine Rolle spielen. Fehlstiche in diesen Sparten deuten daher auf den Mangel an Nachweisbarkeit hin.

185c) In der Sparte "Erb- und steuerrechtliche Gründe" lassen sich in der Regel genaue Daten nicht ermitteln. Fehlstiche in dieser Sparte deuten daher auf Nachweisschwierigkeiten hin.

b. Unternehmer¹⁸⁶⁾

Bei den Unternehmern, der zweitstärksten Gruppe unter den Selbständigen (91), wird in 46 Fällen expressis verbis erklärt, daß der Anzunehmende den Betrieb erben oder übernehmen solle (46, 2% gegenüber 57, 1% bei den Landwirten). Zusammen mit denjenigen Adoptionen, bei denen sich die geplante Betriebsnachfolge erst mittelbar aus den Akten ergibt - etwa aus der Gleichheit des Berufs oder der Mitarbeit im Betrieb¹⁸⁷⁾ - sind dies 54 Adoptionen (59, 3%).

Davon sind 10 Pflegekinder und 24 Verwandte. Insgesamt werden 19 Pflegekinder (20, 9%) und 31 (34, 1%) Verwandte angenommen.

In 26 Fällen werden uneheliche oder ersteheliche Kinder des Ehegatten angenommen (28, 6%).

Die unehelichen bzw. erstehelichen Kinder des Ehegatten zusammen mit den Pflegekindern, die während ihrer Minderjährigkeit nicht adoptiert werden konnten (3), haben einen Anteil von 31, 9% (29) an der Gesamtzahl. Die Zahl ist gegenüber der vergleichbaren Gruppe bei den Landwirten (22, 6, 4%) sowohl absolut als auch relativ größer. Immer noch aber ist es nur ein knappes Drittel der Adoptionen.

Der Name spielt nach den Angaben der Beteiligten nur in 7 Fällen eine Rolle.

Auch hier sollen zur Verdeutlichung einige typische Beispiele geschildert werden, und zwar typisch für die Fälle, in denen ein Betriebsnachfolger adoptiert wird.

186)

Aktennachweise im Anhang, S. V ff.

187)

So z. B. Amtsgericht Düsseldorf, Az 45 X M 12362; 45 X M 12604; 45 X M 13464; Oberhausen-Rhld. Az. 17 X 414/66; 18 X 181/59; Mönchengladbach Az. 16 E X 767/65; Rees Az. FR X M 243/59; Lahr Az. X 383/68.

Hier eine Auswahl zu treffen, ist schwer, da sich die Fälle sehr gleichen.

Häufig wird ein Teilhaber des Unternehmens angenommen, der später den Betrieb erben soll, so bei der Adoption eines Kaufmanns durch einen anderen Kaufmann, die beide zusammen Teilhaber einer OHG sind. Nach ihren Angaben soll die Kontinuität der Firma gewahrt werden.¹⁸⁸⁾

Da jedoch beide Teilhaber sind, wäre die Kontinuität auch ohne die Kindesannahme gewahrt.

In den Akten wird der Firmenname nicht angegeben.

Selbst dann aber, wenn nur der Name des Annehmenden in der Firma enthalten wäre, könnte bei einem Ausscheiden dieses Teilhabers die Kontinuität der Firma nach außen gewahrt bleiben. Die alte Firma könnte auch ohne Adoption nach § 24 HGB fortgeführt werden.

Ging es den Beteiligten hingegen mehr um die Kontinuität der Führung der Firma, so hätte diese auch durch testamentarische Regelung der Erbfolge gesichert werden können.

In einem anderen Fall nimmt ein Ehepaar die Nichte des Ehemannes an. Diese ist Kommanditistin der von den Beteiligten gemeinsam betriebenen Kommanditgesellschaft.¹⁸⁹⁾

In einem dritten Fall nimmt eine Witwe, die Teilhaberin einer OHG ist, einen anderen Teilhaber dieser OHG an. Die Beteiligten erklären, daß die Annehmende sich aus dem Geschäft zurückziehen

188) Amtsgericht Düsseldorf, Az. 45 X M 12362

189) Amtsgericht Düsseldorf, Az. 45 X M 12604

wolle. Die Weiterexistenz der Firma solle gesichert und eine Unterhalts-¹⁹⁰⁾pflicht des Angenommenen gegenüber der Annehmenden begründet werden. Nicht nur Teilhaber, sondern auch Angestellte werden häufig angenommen, zum Beispiel ein Geschäftsführer¹⁹¹⁾, Prokurist¹⁹²⁾ oder sonstiger Angestellter.¹⁹³⁾ Zum Bestehen bzw. zur Begründung eines Eltern-Kind-Verhältnisses wird gewöhnlich angegeben, daß sich zwischen den Beteiligten ein enges Band entwickelt habe, daß sich das verwandtschaftliche Verhältnis zu einem engeren Band verdichtet habe, oder eine ähnliche allgemeine Floskel. Häufig wird noch erwähnt, daß die Betriebsnachfolge gesichert werden solle. In einem Fall, in dem der Großneffe adoptiert wird, gibt der Annahmende an, ohne eine Adoption sei beim Übergang auf den Erben infolge der hohen Erbschaftssteuer die Bonität der Firma in Frage gestellt.¹⁹⁴⁾

Sämtliche hier geschilderten Verträge wurden bestätigt.

<u>Unternehmer (91)</u>							
Erhaltung des Namens	Unter- halt	Betriebs- nach- folger	Erb-u. steuer- rechtl. Gründe	Ver- wandte	Pflege- kind	eigenes unehel. Kind	Stiefkind
7 (7, 69%)	1 (1, 1%)	54 (59, 3%) davon Pfl- gekinder: 10 davon Ver- wandte: 24	-	31 (34, 1%)	19 (20, 9%) davon Adopt. früher n. mögl. 3 Pflegekinder, die früher nicht adoptiert werden konnten, eigene unehel. Kinder, Stiefkinder: 22 (6%)	-	26 (28, 6%)

190) Amtsgericht Oberhausen/Rhld. Az. 17 X 414/66;

191) Amtsgericht Neckarbischofsheim, Az. UR II 37/61;

192) Amtsgericht Lahr, Az. X 383/68;

193) Amtsgericht Waldsassen, Az. X 93/66;

194) Amtsgericht Bamberg, Az. X 737/69.

c. Mittelständische selbständige Gewerbetreibende.

Bei den mittelständischen selbständigen Gewerbetreibenden (85 Fälle) ist der Anteil der adoptierten Betriebsnachfolger niedriger als bei Unternehmern und Landwirten (42, 49, 4%; Unternehmer: 59, 3%; Landwirte: 82, 5%).

Interessanterweise bleibt innerhalb der Berufsgruppen der Anteil der Betriebsübernehmer nicht konstant. Je häufiger vielmehr die Erwachsenenadoption vorkommt, desto größer ist der Prozentsatz der Hof- und Betriebsnachfolger.

In 25 Fällen (29, 3%) wird ausdrücklich erklärt, daß der Betrieb übernommen oder vererbt werden soll. Es werden 35 (41, 2%) Pflegekinder angenommen, davon entfallen 13 auf die Gruppe der Betriebsübernehmer, bei dreien war eine Adoption vorher nicht möglich. Von den 23 (27, 1%) Verwandten, die angenommen werden, gehören 16 zu den Betriebsübernehmern.

13 mal wird ein uneheliches oder ersteheliches Kind des Ehegatten adoptiert. (Mit den Pflegekindern, die früher nicht adoptiert werden konnten 16, 18, 8%).

In 3 Fällen wird die Erhaltung des Familiennamens von den Beteiligten als bestimmend für den Entschluß zur Adoption bezeichnet.

Die Fälle sind einander auch hier so ähnlich, daß es kaum lohnt, Beispiele zu geben.

Auch hier wird, ebenso wie bei den Unternehmern, häufig ein Teilhaber angenommen.¹⁹⁵⁾ In fast allen Fällen, in denen das Adoptivkind den gleichen Beruf hat wie der Annehmende, arbeitet es bereits im Betrieb mit. Soweit sich dies nicht aus den Akten ergibt, hat es jedenfalls den gleichen Wohnsitz.

195) Z. B. Amtsgericht Kelheim, Az. X 128/66;

Es taucht hier ein Beweggrund auf, der bisher noch nicht vorgekommen ist, nämlich die Adoption als Belohnung für treue Dienste. So wird in einem Fall eine 40-jährige Frau angenommen, die seit Jahren die Adoptiveltern pflegt. Diese erklären, daß sie die Adoption als Anerkennung für die langjährige Pflege durchführen wollen.¹⁹⁶⁾

In einem Fall wird die Adoption eines Pflegekindes erst jetzt vorgenommen, weil sich seine Eignung als Nachfolger zu einem früheren Zeitpunkt nicht beurteilen ließ.¹⁹⁷⁾ Es handelt sich um die Annahme eines 24-jährigen Schreinermeisters, der den Schreinereibetrieb des Annehmenden übernehmen soll. Der Annehmende und seine Ehefrau erklären, die Adoption werde erst jetzt durchgeführt, weil sie erst sehen wollten, ob das Pflegekind sich zu einem ordentlichen jungen Mann entwickle, der den Betrieb übernehmen und weiterführen könne.

Mittelständische selbständige Gewerbetreibende (85)

Erhaltung des Namens	Unter- halt	Betriebs- nachfol- ger	Erb-u. steuer- rechtl. Gründe	Ver- wandte	Pflege- kind	eigenes unehel. Kind	Stiefkind
3 (3, 53)	-	42 (49,4%) davon Pflege- kinder: 13 davon Ver- wandte: 16	-	23 (27,1%)	35 (41,2%) davon Adopt. früher nicht möglich 3	-	13
Pflegekinder, die früher nicht adoptiert werden konnten, eigene unehel. Kinder, Stiefkinder: 16 (18,8%)							

196) Amtsgericht Bühl/ Baden, Az. FR X 235/53;

197) Amtsgericht Brückenau, Az. X 23/68.

d. Freiberuflich tätige Selbständige.¹⁹⁸⁾

Die kleinste Gruppe unter den Selbständigen (16 Fälle), die der freiberuflich Tätigen, weicht in ihrer Struktur von den übrigen Gruppen der Selbständigen ab. Den Motiven nach, die hier zu einer Adoption führen, paßt sie eher zu den Personen in abhängiger Stellung.

Nur einmal haben beide Beteiligte den gleichen Beruf, nämlich im Fall der Annahme eines Assistenzarztes durch einen praktischen Arzt.¹⁹⁹⁾ In einem weiteren Fall, in dem ein 72 Jahre alter Arzt seine 45 Jahre alte Sprechstundenhilfe annimmt, wird angegeben, daß die Anzunehmende das Vermögen des Annehmenden erben solle, und zwar zum Dank für ihre Hilfe bei der Entnazifizierung. Der Annehmende und der beurkundende Notar bitten, den Vertrag zu bestätigen, da sonst steuerliche Nachteile zu befürchten seien. Die Adoption erfolgte nicht früher - die Anzunehmende lebt schon seit 30 Jahren bei dem Annehmenden -, da die Beteiligten das Gerede der Leute vermeiden wollten.²⁰⁰⁾ Der Vertrag wurde bestätigt.

Diese beiden Adoptionen, bei denen möglicherweise wirtschaftliche Beweggründe die Hauptrolle spielten, machen nur 12,5% der Gesamtzahl aus.

Ebenfalls je zweimal wird ein Verwandter und ein Pflegekind angenommen, bei einem der Pflegekinder war die Adoption zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich.

In 8 Fällen (50%) wird ein ersteheliches oder uneheliches Kind des Ehegatten angenommen.

198) Aktennachweise im Anhang

199) Amtsgericht Breisach a. Rh., Az. X 49/56

200) Amtsgericht Neuburg/Donau, Az. X 342/67.

Übrigens besteht diese Gruppe fast nur aus Ärzten, nur ein Architekt und zwei Künstler sind außerdem noch unter den Adoptierenden.

Freiberuflich tätige Selbständige (16)

Erhaltung des Namens	Unter- halt	Betriebs- nachfol- ger	Erb- u. steuer- rechtl. Gründe	Ver- wandte	Pflege- kind	eigenes unehel. Kind	Stiefkind
-	-	1 (6, 25%)	1 (6, 25%)	2 (12, 5%)	2 (12, 5%) davon Adoption nicht früher möglich: 1	-	8 (50%)

Pflegekinder, die früher nicht adoptiert werden konnten, eigene uneheliche Kinder, Stiefkinder:

9 (56, 29%)

e. Zusammenfassung

Von den 535 Adoptionen, bei denen der Annahmende selbständig ist, wird in 375 Fällen der zukünftige Nachfolger angenommen (70, 1%). Die Pflegekinder, die während ihrer Minderjährigkeit nicht adoptiert werden konnten, haben zusammen mit den Kindern des Ehegatten und den eigenen Kindern einen Anteil von 12, 5% (72).

3. Motive für Adoptionen durch Personen in abhängiger Stellung.

a. Arbeiter.²⁰¹⁾

Wie dargelegt, sind bei den Selbständigen die Adoptionen von Pflegekindern, von eigenen unehelichen Kindern und von Stiefkindern in der Minderzahl gegenüber den Adoptionen der zukünftigen Nachfolger, bei denen wirtschaftliche Motive nicht selten eine Rolle spielen werden. Bei den Arbeitern (93 Fälle) ist das Verhältnis umgekehrt, nämlich 34 (36,6%) zu 11 (11,8%).

Es werden insgesamt 35 (37,6%) Pflegekinder angenommen und 16 (17,2%) Verwandte. Von den Pflegekindern konnten 7 früher nicht adoptiert werden. 25 Angenommene sind Kinder des Ehegatten, zwei sind eigene uneheliche Kinder des Annehmenden.

Erbrechtliche und steuerrechtliche Gründe spielen nach Angaben der Beteiligten in 11 Fällen eine Rolle.

Siebenmal wird die Adoption vorgenommen, um die Pflege der Annehmenden im Alter zu sichern (7,5%), dreimal ist erklärter Zweck die Erhaltung des Namens (3,2%).

Sehr häufig scheiterte die Adoption des Pflegekindes am Widerstand der leiblichen Eltern, meistens der unehelichen Mutter.²⁰²⁾

Es mag erstaunlich sein, daß unter den Arbeitern erbrechtliche bzw. steuerrechtliche Gründe eine verhältnismäßig große Rolle

201) Aktennachweise im Anhang

202) Z. B. Amtsgericht Passau, Az. X 510/67;
Garmisch-Partenkirchen, Az. X 141/65; X 106/66;
Würzburg, Az. X 910:69;
Naila, Az. X 7/70;
Mannheim, Az. 3 UR II 5985/69.

spielen, da man hier am wenigsten Vermögen vermutet. Wie aber schon erwähnt wurde, bringt auch bei einem kleinen Vermögen die Adoption Vorteile. Häufig ist bei den Annehmenden ein Haus oder Grundstück vorhanden, das an das Adoptivkind vererbt werden soll.²⁰³⁾

Da jedoch in dieser Bevölkerungsschicht nicht immer die Kenntnis steuerrechtlicher Vorschriften vorausgesetzt werden kann, wurden zu den 11 wirtschaftlich motivierten Adoptionen nur solche gezählt, bei denen sich konkrete Anhaltspunkte hierfür ergaben. Der Besitz eines kleinen Vermögens allein wurde nicht als ausreichend angesehen. Es ist möglich, daß dadurch dieser Bevölkerungsschicht Unrecht getan wird, indem ihr Bildungsniveau als zu niedrig eingeschätzt wird.

Auch könnte man einwenden, daß die Landwirte oft auch nicht mehr über Steuerrecht wissen und daß die Kenntnis steuerrechtlicher Vorschriften überhaupt nicht sehr verbreitet ist. Aber es wurde bei allen Gruppen für die Annahme wirtschaftlicher Motive mehr gefordert als bloß das Vorhandensein von Eigentum, zumindest mußte sich aus den Angaben der Beteiligten ergeben, daß die Annehmenden ihren Besitz an den Angenommen übertragen wollten.

Anhaltspunkte für das Vorliegen steuerlicher Gründe sind besonders deutlich im Fall der Adoption einer 57-jährigen Frau. Die Annehmende gab an, durch die Adoption könne die Erbschaftssteuer gespart werden. Als weiteres Motiv wurde Sicherung der Pflege der Annehmenden im Alter angegeben. Das Bestehen eines Eltern-Kind-Verhältnisses wird damit begründet, daß beide Beteiligte Zeugen Jehovas seien und daß die Angenommene als uneheliches Kind nie Mutterliebe kennengelernt habe.

203) Amtsgericht Fürth, Az. X 310/69;
Rees, Az. 2 X St. 66/54;
Aschaffenburg, Az. X 120/68;
Weißenburg i. Bay., Az. X 6/63.

Der Vertrag wurde zunächst nicht bestätigt, auf die sofortige Beschwerde der Antragstellerin hob das Landgericht Regensburg den ablehnenden Beschluß auf und verwies an das Amtsgericht zurück. Zur Begründung führte es aus, die Annehmende mache einen mütterlichen Eindruck. Da die Anzunehmende unehelich geboren sei, spreche alles dafür, daß sie tatsächlich Geborgenheit bei der älteren Frau suche, wenn auch steuerliche Gründe mit eine Rolle spielten. Das Amtsgericht sollte nun klären, ob nicht doch ein Eltern-Kind-Verhältnis bestehe.²⁰⁴⁾

Ob der Vertrag schließlich doch noch bestätigt wurde, war zum Zeitpunkt der Akteneinsicht (Sommer 1969) noch nicht entschieden.

Häufig ist das Motiv der Sicherung des Erbanspruches des Angenommenen mit dem Zweck verbunden, auf der anderen Seite einen Unterhaltsanspruch zu begründen. Auch hier ist der Vertrag eher ein wirtschaftliches Geschäft, das mit der Begründung einer familiären Bindung wenig zu tun hat.²⁰⁵⁾

Zum Teil wird die Adoption als Belohnung angesehen, so zum Beispiel bei der Annahme einer 46-jährigen Frau, die seit 25 Jahren den Haushalt bei den Adoptiveltern ohne Bezahlung führt. Die Annehmenden sagen hier wörtlich: "Sie" (die Anzunehmende) "hat sich die Adoption ehrlich und redlich verdient".²⁰⁶⁾

204) Amtsgericht Kelheim, Az. X 89/66, 6T 6/68;

205) Amtsgericht Neckarbischofsheim, Az. UR II 7/62;
Aschaffenburg, Az. X 120/68;
Weißenburg, Az. X 6/63;
Kronach, Az. X 130/66 - X 129/66;

206) Amtsgericht Bamberg, Az. X 444/60.

Arbeiter (93)

Erhaltung d. Namens	Unter- halt	Erb- und steuerrechtl. Gründe	Verwandte	Pflegekinder	eigene unehel. Kinder	Stief- kinder
3 (3, 2%)	7 (7, 5%)	11 (11, 8%)	16 (17, 2%)	35 (37, 6%) davon Adopt. früher nicht möglich: 7	2 (2, 15%)	25 (26, 88%)

Pflegekinder, die früher nicht
adoptiert werden konnten, eigene
uneheliche Kinder, Stiefkinder:
34 (36, 56%)

b. Abhängige in leitenden Positionen.²⁰⁷⁾

Bei den Abhängigen in leitenden Positionen (29 Fälle) ist der Anteil der angenommenen Kinder des Ehegatten (15, 50, 7%) zusammen mit den Pflegekindern, die während ihrer Minderjährigkeit nicht angenommen werden konnten (3, 10, 3%), mit 62, 1% noch höher als bei den Arbeitern.

Den Akten ist in keinem einzigen Fall zu entnehmen, daß steuerliche oder sonst wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielen. Dies ist allerdings kein Beweis dafür, daß diese Gründe nicht doch bisweilen entscheidend waren. Die Offenheit, mit der dies bei den Landwirten und auch bei den Arbeitern manchmal zugegeben wird, kann hier nicht erwartet werden. Bei dem durchschnittlich höheren Bildungsniveau dieser Gruppe wissen die Beteiligten, daß ihnen ein solches Zugeständnis schaden könnte.

²⁰⁷⁾ Aktennachweis im Anhang.

In insgesamt 7 Fällen werden Pflegekinder angenommen (24, 1%), dreimal ein Verwandter (10, 3%). Zweimal wird ein Nichtverwandter adoptiert, der seit Jahren bei den Annehmenden im Haushalt lebt, zweimal war den Akten nichts über die Motive der Beteiligten zu entnehmen.

In einem Fall wurde die Adoption nicht bestätigt. Hier hatte der Bürgermeister der kleinen Gemeinde, in der die Beteiligten lebten, angegeben, daß zwischen Adoptivsohn und Adoptivmutter kein Eltern-Kind-Verhältnis bestehe. Nach seinen Beobachtungen bestehe zwischen beiden vielmehr ein Liebesverhältnis. Gegen den ablehnenden Beschluß wurde kein Rechtsmittel eingelegt.²⁰⁸⁾

Abhängige in leitenden Positionen

(29)

Erhaltung d. Namens	Unter- halt	Erb-und steuerrechtl. Gründe	Verwandte	Pflegekinder	eigene unehel. Kinder	Stief- kinder
-	-	-	3 (10, 3%)	7 (24, 1%) davon früher Adoption nicht möglich: 3	-	15 (50, 7%)

Pflegekinder, die früher nicht adoptiert
werden konnten, eigene uneheliche Kinder,
Stiefkinder:

18 (62, 1%)

²⁰⁸⁾ Amtsgericht Rastatt, Az. X 54/57.

c. Abhängige in mittleren Positionen.²⁰⁹⁾

In der letzten Gruppe (22 Fälle) ist der Anteil der angenommenen Stiefkinder (6, 27, 3%) und der Pflegekinder, die zu einem früheren Zeitpunkt nicht angenommen werden konnten (2, 9, 1%), nicht ganz so hoch wie bei den Abhängigen in leitenden Positionen.

Immerhin sind es 36, 4%, also auch bedeutend mehr als bei den Selbständigen.

Es werden 11 Pflegekinder angenommen (50%) und 2 Verwandte (9, 1%). Von diesen beiden Gruppen wird dreimal Pflege im Alter für den Annehmenden als Grund für die Adoption angegeben.²¹⁰⁾

Einer der angenommenen Verwandten ist der uneheliche Sohn der Tochter.²¹¹⁾

Steuerliche Gründe sind auch hier nicht zutage getreten.

Abhängige in mittleren Positionen

(22)

Erhaltung d. Namens	Unter- halt	Erb- und steuerrechtl. Gründe	Verwandte	Pflegekinder	eigene unehel. Kinder	Stief- kinder
-	3 13, 18%)	-	2 (9, 1%)	11 (50%) davon Adoption früher nicht möglich: 2	-	6 (27, 3%)

Pflegekinder, die früher nicht adoptiert werden konnten, eigene unehel. Kinder, Pflegekinder:
8 (36, 4%)

209) Aktennachweise im Anhang

210) Amtsgericht Kleve, Az. 5LX 592; Schwetzingen, FR X 45/65; Rastatt, X 207/57;

211) Amtsgericht Münchberg, Az. X 44/69.

d. Zusammenfassung

Der Anteil der Adoptionen aus steuerlichen oder sonst wirtschaftlichen Gründen ist unter den Personen in abhängiger Stellung weit niedriger als bei den Selbständigen.

Nur in 11 Fällen ergeben sich Anhaltspunkte dafür aus den Akten.

Allerdings ist es hier schwieriger, Schlußfolgerungen auf die Beweggründe der Beteiligten zu ziehen, denn hier gibt es ja keinen Hof oder Betrieb, der vererbt werden könnte, auch kann aus dem Beruf nicht auf die Absicht, den Angenommenen als Nachfolger einzusetzen, geschlossen werden.

Der Gedanke, durch Adoptionen Steuer zu sparen, liegt den Abhängigen wohl auch ferner, da sie im Allgemeinen nicht so viel zu vererben haben wie die Selbständigen.

Ein Vergleich zwischen den beiden Gruppen zeigt, daß die Zahl der Adoptionen von Stiefkindern und Pflegekindern, deren Adoption erst nach Eintritt der Volljährigkeit möglich war, sowie von eigenen unehelichen Kindern, durch alle Berufe bzw. Berufsgruppen relativ konstant ist. Offensichtlich besteht für die Annahme dieser Kinder durch alle Bevölkerungsschichten hindurch ein echtes Bedürfnis.

Zum Vergleich noch einmal die Zahlen der Adoptionen von Pflegekindern, die aus beachtlichen Gründen während der Minderjährigkeit nicht adoptiert wurden, von Stiefkindern und eigenen unehelichen Kindern:

Selbständige: 535 (73, 9%)			
Landwirte	Unternehmer	Mittelständige	Freiberufliche
343 (47, 4%)	91 (12, 6%)	85 (11, 7%)	16 (2, 2%)
insgesamt			
67			
12, 5%			

Nicht Selbständige: 144 (19,9%)

Arbeiter	Abhängige in leitenden Pos.	Abhängige in mittleren Pos.
93 (12,9%)	29 (4%)	22 (3%)
Insgesamt:		
60		
41,6%		

Zwar sind, im Vergleich zu dem Anteil an der Gesamtbevölkerung (12,2% zu 72,3%), die Selbständigen immer noch in der Mehrzahl, jedoch ist das Mißverhältnis nicht mehr so kraß.

4. Sonstige. ²¹²⁾

Der Vollständigkeit halber sollen noch die Adoptionen geschildert werden, die keiner der bisher untersuchten Berufsgruppen zugeordnet werden können, da der Beruf des Annehmenden nicht zu ermitteln war. Hier sind 9 der Angenommenen Verwandte des Annehmenden; 13 Pflegekinder (28,9%), dreimal war die Adoption während ihrer Minderjährigkeit nicht möglich. Zusammen mit den Kindern des Ehegatten (1,2%) machen diese Adoptionen 8,9% aus. In fünf Fällen war das Motiv die Erhaltung des Namens, in sieben spielten erb- und steuerrechtliche Gründe eine Rolle (15,5%). Zweimal sollte durch die Kindesannahme der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert werden. ²¹³⁾ In beiden Fällen ist die Annehmende Witwe. In dem ersten Fall wird eine andere Witwe polnischer Staatsangehörigkeit angenommen, im zweiten ein türkischer Student. Dieser war zunächst als Untermieter bei seiner späteren Adoptivmutter, gewann im Laufe der Zeit ihre Zuneigung, so daß sie ihn, wie sie angab, wie einen Sohn liebte.

²¹²⁾ Aktennachweis im Anhang.

²¹³⁾ Amtsgericht Mönchengladbach, Az. 16 Sch X 398/61; Rastatt, Az. 1 X 944/66.

Der junge Mann wollte nach dem Studium in Deutschland bleiben. Nach eigenen Angaben hat er zu seinen noch lebenden Eltern ein gutes Verhältnis.

In den übrigen Fällen konnte über die Motive der Adoptionen den Akten nichts entnommen werden.

<u>Sonstige (45)</u>						
Erhaltung d. Namens	Unter- halt	Erb- und steuerrechtl. Gründe	Verwandte	Pflegekinder	eigene unehel. Kinder	Stief- kinder
5 (11, 11%)	-	7 (15, 5%)	9 (20%)	13 (28, 9%) davon Adop- tion früher nicht mögl.: 3	-	1 (2%)
Pflegekinder, die früher nicht adoptiert werden konnten, eigene uneheliche Kinder, Stiefkinder: 4 (8, 89%)						

VII. Schlußbetrachtung.

Aus der kleinen Gruppe der Selbständigen, die an der Gesamtzahl der Bevölkerung nur einen Anteil von 12, 2% hat, kommen 73, 9% der Adoptionen Erwachsener. Die in abhängiger Stellung tätigen Personen haben hingegen nur einen Anteil von 19, 9% (nur 12, 2% der Gesamtbevölkerung sind selbständig). Das Verhältnis Abhängige-Selbständige ist also fast umgekehrt proportional zu der entsprechenden Gruppe in der Bevölkerung.

Schon diese Daten deuten darauf hin, daß wirtschaftliche Gründe, nämlich die Ersparnis von Erbschaftssteuer, bei den heutigen Motiven für die Erwachsenenadoption eine große Rolle spielen.

Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man berücksichtigt, daß bei über der Hälfte (52,36%) der Adoptionen der zukünftige Hof- oder Betriebsnachfolger angenommen wird.

Gerade hier nimmt, wie die Untersuchung gezeigt hat, die Kindesannahme häufig den Charakter eines wirtschaftlichen Geschäftes an, während zu dem Eltern-Kind-Verhältnis, das bestehen oder begründet werden soll, kaum etwas gesagt wird.

Es mag wohl, besonders bei kleineren bäuerlichen Betrieben, für den Nachfolger eine Härte sein, die hohe Erbschaftssteuer bezahlen zu müssen.

Die Adoption ist jedoch nicht das richtige Mittel, diese Härten zu beseitigen. Soweit vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus überhaupt das Bedürfnis besteht, die Rentabilität kleiner Höfe zu erhalten - was im Hinblick auf die Bestrebungen, die landwirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten zu vergrößern, zweifelhaft ist -, müßte dies im Rahmen des Steuerrechts geschehen.

Nach Ansicht des Bundesgerichtshofes schadet es zwar nicht, wenn eine Adoption aus steuerlichen Gründen vorgenommen wird. Selbst dann, wenn die Steuerersparnis im Vordergrund steht, soll dies die Bestätigung des Vertrages nicht unbedingt ausschließen, da die Wahl von Gestaltungsformen des Privatrechts nur als mißbräuchlich gelte, wenn die Form zu dem angestrebten Zweck offensichtlich unangemessen sei.²¹⁴⁾

Dies ist in der Tat ein im Steuerrecht anerkannter Grundsatz, der vor allem für das Gesellschaftsrecht entwickelt worden ist. Dem

214) BGHZ 35, 75, Urteil vom 5. April 1961.

Steuerpflichtigen soll gestattet sein, seine Vermögensverhältnisse so einzurichten, daß er möglichst an Steuern spart.²¹⁵⁾

Die Adoption ist aber jedenfalls dann eine völlig unangemessene Form, wenn zwischen den Vertragsschließenden kein dem natürlichen Eltern-Kind-Verhältnis entsprechendes Band besteht und ein solches auch gar nicht hergestellt werden soll. Außerdem können die für das Gesellschaftsrecht geltenden Grundsätze nicht ohne weiteres auf das Familienrecht übertragen werden.

Während jenes der Regelung vermögensrechtlicher Interessen dient, werden durch dieses in erster Linie personenrechtliche Beziehungen normiert, wenn auch die vermögensrechtlichen Folgen dieser Beziehungen ebenfalls im Familienrecht zu finden sind. Durch die Adoption sollen daher ebenfalls in erster Linie die personenrechtlichen Beziehungen der Vertragsschließenden geregelt werden. Der Grundsatz, daß der Steuerpflichtige seine Vermögensverhältnisse möglichst steuergünstig einrichten darf, sagt daher über die Zulässigkeit der Adoption aus steuerlichen Gründen nichts aus. In diesem Zusammenhang ist dieser Satz gar nicht anwendbar.

Hinzu kommt, daß das Familienrecht weitgehend zwingendes Recht ist (siehe z. B. die Adoption, deren Wirkungen, außer dem Erbrecht des Kindes, unabdingbar sind, § 1767 BGB).

Es ist also nicht in das Belieben der Vertragsschließenden gestellt, zu welchen Zwecken sie das Adoptionsrecht gebrauchen.

215) RFH 37, 169, Bescheid v. 25. Sept. 1934 und Urteil v. 22. Jan. 1935; BFH 55, 449, Urt. v. 9. Aug. 1954; 66, 250, 256, Urteil v. 8. Jan. 1958; 70, 299, 306, Urteil vom 22. Jan. 1960; 72, 54, Urteil v. 30. 11. 60; 74, 554, Urteil vom 14. März 1962.

Daß steuerlich motivierte Adoptionen in so hoher Zahl bestätigt wurden, liegt wohl vor allem an der unbefriedigenden gesetzlichen Regelung, die es letztlich dem Ermessen des Richters überläßt, wann von dem Erfordernis der Minderjährigkeit befreit wird.

Möglicherweise läßt die Materie, bei der es vor allem auf Motive und nicht auf objektiv feststellbare Tatsachen ankommt, eine exakte Definition der Fälle, in denen eine Adoption nicht bestätigt werden sollte, garnicht zu.

Jedenfalls ist mit einer Novellierung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, so daß das geltende Recht ausreichen muß, um Mißbräuche zu verhindern. Dies dürfte auch nicht allzu schwer sein, wenn man einmal erkannt hat, in welchen Fällen die Gefahr besonders groß ist, daß die Adoption lediglich dazu benutzt wird, sonst nicht erreichbare Vorteile zu erlangen.

Mit der heute in Rechtsprechung und Literatur vertretenen, allzu liberalen Auslegung des § 1745c BGB, die die Adoption eines Hof- oder Betriebserben geradezu als das Musterbeispiel der sittlich gerechtfertigten Volljährigenadoption darstellt, wird den Gerichten freilich keine Hilfe gegeben. Es wäre zu wünschen, daß hier ein strengerer Maßstab angewandt wird, sonst hätte die Beschränkung der Erwachsenenadoption jeglichen Sinn verloren. Diese Untersuchung hat einen Wandel in den Wertvorstellungen seit der Weimarer Republik aufgezeigt: ein klangvoller Name wird nicht mehr für begehrenswert gehalten. Für diese Art des Mißbrauchs wäre eine Beschränkung der Adoption nicht mehr notwendig.

Es sind vielmehr die steuerrechtlichen Vorteile dieses Instituts, die den größten Reiz zum Abschluß von Adoptionsverträgen ausüben.

Das Rechtsinstitut der Kindesannahme soll jedoch "um seiner selbst willen frei gehalten werden von Zwecken anderer Art, mögen sie auch von den Beteiligten aus gesehen verständlich und nicht unlauter sein". 216)

216) BGH NJW 57, 673.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. Einleitung	1
II. Rechtsvergleichender Überblick	4
III. Die geschichtliche Entwicklung der Erwachsenenadoption	8
IV. Der heutige Meinungsstand zur Erwachsenenadoption in Rechtsprechung und Literatur	31
V. Wann ist eine Erwachsenenadoption sittlich gerechtfertigt?	40
VI. Die Motive für die Erwachsenenadoption	52
A. Die Gliederung der Adoptionen innerhalb der wirtschaftlichen und sozialen Gruppen	59
1. Im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf	61
2. In Baden-Württemberg	62
3. In Bayern	63
B. Die Motive für die Adoptionen im einzelnen	67
1. Namensadoptionen	69
2. Motive für die Erwachsenenadoption bei den Selbständigen	73
a. Landwirte	73
b. Unternehmer	79
c. Mittelständische Gewerbetreibende	82
d. Freiberuflich tätige Selbständige	84
e. Zusammenfassung	85
3. Motive für Adoptionen durch Personen in abhängiger Stellung	86
a. Arbeiter	86
b. Abhängige in leitenden Positionen	89
c. Abhängige in mittleren Positionen	91
d. Zusammenfassung	92
4. Sonstige	93
VIII. Schlußbetrachtung	94
Abkürzungsverzeichnis	I
Literaturverzeichnis	III
Anhang: Verzeichnis der ausgewerteten Akten	VI

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
A. F.	Alte Fassung
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bad. LR	Badisches Landrecht vom 3. Februar 1809
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
Bd	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BT	Bundestag
C. c.	Code civil
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz
DNotZ	Deutsche Notar- Zeitschrift
ErbStG	Erbschaftssteuergesetz in der Fassung vom 1. 4. 1959
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	folgende
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
GBI	Gesetzblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
JFG	Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
JW	Juristische Wochenschrift
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
LZ	Leipziger Zeitschrift
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OLG	Oberlandesgericht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel

StAZ	Das Standesamt, Zeitschrift für Standesamtswesen
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGRK	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
SavignyZGemA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
Sächs. GB	Bürgerliches Gesetzbuch für das Königreich Sachsen vom 2. Februar 1863
SeuffArch	Seufferts Archiv für Entscheidungen oberster Gerichte
Warn	Warneyer, die Rechtsprechung des Reichsgerichts

Literaturverzeichnis

- | | |
|------------------------|---|
| Ancel | L'adoption dans les législations modernes,
Paris 1958 |
| Baron, | Pandekten, 6. Aufl., Leipzig 1858 |
| Beitzke | Familienrecht, 15. Aufl., München 1970 |
| Bosch | Zur Volljährigenadoption, Ein Rechtsgutachten,
FamRZ 1964, S. 401, |
| Conrad | Deutsche Rechtsgeschichte, Ein Lehrbuch, Bd. I,
Karlsruhe 1954 |
| Dernburg | Pandekten, 3. Bd., Familien- und Erbrecht,
3. Aufl., Berlin 1892 |
| Dölle | Familienrecht, Bd. II, Karlsruhe 1965 |
| Erman | Handkommentar zum BGB, 2. Bd., 4. Aufl.,
Münster 1967 |
| Gamillscheg | Das neue französische Adoptionsrecht, RabelsZ 18
(1953), S. 508 |
| Gernhuber | Lehrbuch des Familienrechts, München und
Berlin 1964 |
| Heumann | Handlexikon zu den Quellen des römischen Rechts,
2. Aufl., Jena 1851 |
| Hinsheimer | Neues Adoptionsrecht, LZ 1925, S. 897 |
| Holzschuher | Theorie und Casuistik des gemeinen Zivilrechts,
1. Bd., 2. Aufl., Leipzig 1856 |
| v. Jansen | Kommentar zum FGG, 2. Bd., 2. Aufl., Berlin 1970 |
| Jhering | Der Geist des römischen Rechts, Bd. III 1, 4. Aufl.,
Leipzig 1888 |
| Jörs-Kunkel-
Wenger | Römisches Privatrecht, 3. Aufl., Berlin, Göttingen,
Heidelberg, 1949 |
| Kaser | Römisches Privatrecht, Ein Studienbuch, 4. Aufl.,
München und Berlin 1965 |
| Klein | Zur Neuordnung des Familienrechts, FamRZ 54, 67 |
| Knur | Zur Reform der Adoption Volljähriger, DNotZ 1959,
S. 284 |
| Kuchendorf | Erkaufte und erschlichene Adoptionen, Diss Breslau
1928 |

- Mantey Der deutsche niedere Adel und das Bürgerliche Gesetzbuch, ArchöfR XIII 1898, S. 20
- Maunz-Dürig-Herzog Kommentar zum Grundgesetz, 3. Aufl., Bd. I, München 1970
- Meyer-Wiesner Begründung, Voraussetzungen und Wirkungen der Adoption in Deutschland, England, Frankreich und Österreich, Bonner Diss. 1963
- Mitteis-Lieberich Deutsches Privatrecht, 4. Aufl., München und Berlin 1963
- Mitteis-Lieberich Deutsche Rechtsgeschichte, 10. Aufl., München und Berlin 1966
- Mommsen Römische Patriziergeschlechter, Römische Forschungen, Bd. I, Berlin 1864
- Mugdan Die Gesamten Materialien zum Bürgerlichen Gesetzbuch, IV. Bd., Familienrecht, Berlin 1899
- Neuhaus Europäisches Familienrecht? Eine Festschrift für Hans Dölle, Bd. II, Tübingen 1963
- Nieden, zur Die Mängel des Adoptionsrechts, FamRZ 1956, S. 68
- Olshausen Dem Reichstag und dem Landtag vorliegende Gesetzentwürfe, JW 1929, 470 (471)
- Palandt Bürgerliches Gesetzbuch, 29. Aufl., München 1970
- Pappenheim Über künstliche Verwandtschaftsverhältnisse im germanischen Recht, SavignyZ GerMA 29, 304
- Paulys Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaften, Bd. I 1, Stuttgart 1893, Neuaufl. 1958
- Poseners Handwörterbuch der Rechts- und Staatswissenschaften, Berlin 1909
- Reichsgerichtsräte Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern, IV. Bd., 2. Teil, 10. und 11. Aufl., Berlin 1964
- Schnitzerling Die Fortentwicklung der Adoption seit der Jahrhundertwende, StAZ 60, 57
- Soergel-Siebert Bürgerliches Gesetzbuch, IV. Bd., Familienrecht, 9. Aufl., Stuttgart 1963
- Sohm-Mitteis-Wenger Institutionen, 17. Aufl., Berlin 1949

- Staudinger Kommentar zum BGB, IV. Bd., Familienrecht,
10./11. Aufl., Berlin 1969
- Staudinger Kommentar zum BGB, IV. Bd., Familienrecht,
II. Teil, 6. Aufl., München und Berlin 1910
- Thur, von Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 1. Bd.,
Leipzig 1910
- Vangerow,
von Pandekten, 1. Bd., 3. Aufl., Marburg und
Leipzig 1845

Anhang: Verzeichnis der ausgewerteten Akten

I. Landwirte

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Adelsheim	Az.:	FR X 3089/68
	Achern	Az.:	FR X 130/49
			FR X 3/52
			FR X 20/53
			FR X 122/53
			FR X 254/53
			FR X 73/56
			FR X 89/58
			FR X 10/59
			FR X 133/59
			FR X 156/60
			FR X 111/63
			FR X 35/64
			FR X 120/64
			FR X 19/66
	Boxberg	Az.:	FR X 1300/54
			FR X 1805/60
	Breisach	Az.:	FR X 4509/63
	Bruchsal	Az.:	FR X 201/53
	Bühl	Az.:	FR X 24/53
			FR X 112/54
			FR X 19/61 (128/63)
			FR X 145/64
			FR X 171/65
			FR X 54/68
	Eberbach	Az.:	FR X 114/65
	Engen (Baden)	Az.:	FR XG 108/49
			FR XK 279/57
			FR X 8/64
	Ettlingen	Az.:	FR X 105/68
	Gengenbach	Az.:	X 3399/60
			X 13/68
	Hilsheim	Az.:	FR X 23/59
			FR X 166/50
	Neckar-		
	bischofsheim	Az.:	UR II 3/54
			UR II 23/61
			FR X 17/65
			FR X 15/69

Amtsgericht	Rastatt	Az.:	X	47/53
			X	220/63
Stockach	Az.:		FR X	75/50
			FR X	18/51
			FR X	82/55
			FR X	23/56
			FR X	32/60
Villingen	Az.:		FR X	190/64

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Geldern	Az.:	X	6612-6614
	Kempen-			
	Nd. Rh.	Az.:	X	105/60
			X	258/61
			3X	239/67
			X	134/68
			X	255/68
			9X	14067
			9X	14851
			9X	14969
			9X	15028
			X	153/56
			X	178/56
			X	66/59
			X	12927
			X	13528
			X	13536
	Kleve	Az.:	5Xa	180/68
			5Xa	168/67
			5Xa	365/66
			5Xa	50/66
			5Xa	255/64
			5Xa	95/62
			5Xa	107/61
			5Xa	130/59
			5VX	439
			5MX	597
			5SchX	1312
			5LXF	10
			5LX	658
			5BX	1091

Amtsgericht	Rees	Az.:	2X	640/49
			2XSt	62/54
			2XE	116/57
			2XSch	442/60
			2X	28/61
			2X	54/61
			2X	124/62
			2X	352/63
			2X	349/63
			2X	475/64
			1X	1096/68
			1X	1118/68

3. Bayern

Amtsgericht	Abensberg	Az. :	Reg. X	84/58	
			Reg. X	19/57	
			Reg. X	14/56	
			Reg. X	112/55	
			Reg. X	81/53	
			Reg. X	87/63	
			Reg. X	27/67	
			Reg. X	113/63	
	Alzenau	i. Ufr.	Az. :	X	12/55
				X	12/68
				X	51/64
	Bamberg	Az. :	X	40/55	
			X	757/54	
			X	671/50	
			X	47/57	
			X	72/61	
			X	638/69	
			X	644/64	
	Burglengenfeld	Az. :	X	61/67	
			X	27/58	
			X	150/53	
			X	225/52	
			X	215/52	
			X	466/49	
	Coburg	Az. :	2X	68/66	
			2X	41/65	
			2X	396/65	

Amtsgericht:	Donauwörth	Az. :	X	128/50
			X	360/50
			X	115/51
			X	239/67
			X	38/68
			X	91/68
			X	183/51
			X	225/51
			X	308/51
			X	318/51
			X	217/54
			X	241/54
			X	215/56
			X	136/57
			X	121/58
			X	184/58
			X	98/59
			X	387/59
			X	192/60
			X	240/61
			X	308/61
			X	48/62
			X	244/63-X203/63
			X	336/63
			X	25/64
			X	99/64
			X	348/64
			X	185/65
	Friedberg	Az. :	X	32/51
	Bayern		X	362/49
			X	262/49
	Fürth/	Az. :	X	195/69-X268/69
	Bayern		X	909/69
	Garmisch-Par- tenkirchen	Az. :	X	201/58
			X	114/62
			X	81/67
	Haßfurth	Az. :	X	124/59
			X	107/58
	Hemau Opf.	Az. :	X	119/49
			X	146/50
			X	78/52
			X	163/51
			X	33/54

Amtsgericht

Hemau

Opf.

Az.:	X	69/54
	X	6/55
	X	19/55
	X	60/56

Hofheim

i. Ufr.

Az.:	X	25/67
------	---	-------

Kelheim

Az.:	X	106/57
------	---	--------

X	131/69
---	--------

X	95/66
---	-------

X	126/66
---	--------

X	97/52
---	-------

X	182/53
---	--------

X	3/55
---	------

X	87/55
---	-------

X	253/57
---	--------

Kronach

Az.:	X	145/64
------	---	--------

X	36/51
---	-------

X	1/52
---	------

Kronberg

Az.:	X	149/69
------	---	--------

X	18/68
---	-------

X	41/68
---	-------

Mitterfels

Az.:	X	110/55
------	---	--------

X	131/55
---	--------

X	77/56
---	-------

X	2/58
---	------

X	131/58
---	--------

X	81/59
---	-------

X	82/59
---	-------

X	50/63
---	-------

X	73/63
---	-------

X	37/64
---	-------

X	23/65
---	-------

X	24/65
---	-------

X	17/55
---	-------

X	54/55
---	-------

X	90/55
---	-------

X	126/61
---	--------

X	112/61
---	--------

X	28/63
---	-------

X	57/65
---	-------

X	132/59
---	--------

X	95/61
---	-------

X	21/66
---	-------

X	40/67
---	-------

Amtsgericht	Mitterfels	Az. :	X	76/68
			X	99/69
			X	27/70
			X	83/67
			X	113/67
			X	35/68
			X	156/50
			X	123/53
			X	119/54
			X	56/53
			X	122/60
			X	83/53
			X	85/53
			X	148/51
			X	7/52
			X	39/52
			X	157/52
	Münchberg	Az. :	X	61/57
			X	43/57
			X	55/55
			X	10/52
			X	94/62
			X	82/58
			X	169/57
			X	185/51
			X	66/50
			X	50/50
			X	38/50
			X	70/57
	Naila	Az. :	X	46/64
			X	62/67
	Neuburg/Donau	Az. :	X	251/51
			X	503/52
			X	510/52
			X	517/52
			X	418/54
			X	570/54
			X	193/55
			X	343/55
			X	375/56
			X	78/57
			X	129/57
			X	252/57

Amtsgericht	Neuburg/Donau	Az.:	X	149/58
			X	215/58
			X	389/58
			X	8/59
			X	46/59
			X	117/59
			X	310/59
			X	513/59
			X	11/60
			X	124/60
			X	184/60
			X	219/60
			X	302/60
			X	158/61
			X	230/61
			X	24/62
			X	109/62
			X	186/62
			X	392/62
			X	101/63
			X	290/63
			X	239/64
			X	94/65
			X	98/65
			X	365/66
			X	115/67
			X	134/67
			X	158/67
			X	146/68
			X	253/69
	Obernburg/Main	Az.:	X	147/57
			X	29/53
	Parsberg/Opf.	Az.:	X	126/52
			X	177/51
			X	6/52
			X	60/54
			X	49/55
			X	54/56
			X	83/59
			X	30/60
			X	71, 72/62
			X	137/68
			X	64, 65/69

Amtsgericht	Passau	Az.:	X	577/67
			X	248/68
			X	95/69
			X	666/69
	Rothenburg ob der Tauber	Az.:	X	47/51
			X	60/51
			X	81/53
			X	57/54
			X	37/56
			X	93/56
			X	28/57
			X	39/58
			X	29/59
			X	93/61
			X	23/65
			X	84/65
	Starnberg	Az.:	X	209/67
			X	422/66-X70/66
			X	49/66
	Sulzbach- Rosenburg	Az.:	X	103/50
			X	168/50
			X	54/52
			X	117/52
		FRX		14/53
	Waldsassen	Az.:	X	82/52
			X	83/53
			X	35/54
			X	41/54
			X	127/54
			X	97/58
			X	34/59
			X	112/59
			X	94/60
			X	1/61
	Weißenburg i. Bayern		X	27/63
			X	33/65
		Az.:	X	204/53
			X	87/54
			X	88/54
			X	93/54

Amtsgericht	Weißenburg i. Bayern	Az.:	X	27/55
			X	62/51
			X	235/52
			X	246/52
			X	64/53
			X	65/50
			X	73/50
			X	259/50
			X	16/31
			X	26/51
			X	314/59
			X	32/62
			X	92/55
			X	47/63
			X	145/68
	Würzburg	Az.:	X	123/62

II. Unternehmer

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Achern	Az.:	FR X	30/52
			FR X	176/53
			FR X	20/64
			FR X	19/69
			FR X	180/69
	Bühl/Baden	Az.:	X	77/65
	Bruchsal	Az.:	FR X	370/64
	Donaueschingen	Az.:	FR X	7587/58
	Eberbach	Az.:	X	7/61
	Engen/Baden	Az.:	FR X M	243/59
	Ettlingen	Az.:	X	101/68
	Hilsbach	Az.:	FR X	125/52
	Lahr	Az.:	X	383/68
	Mosbach	Az.:	UR II	21/62
			UR II	29/69
	Müllheim	Az.:	FR X	182/67
	Neckarbischofs-			
	heim	Az.:	UR II	37/61
	Rastatt	Az.:	X	54/57
			X	145/60
			X	130/63
			X	157/63
			2X	150/64

Amtsgericht	Schwetzingen	Az. : FR X 110/63
		FR X 113/64
	Singen	Az. : X 87/66
	Villingen	Az. : FR X 267/58
		FR X 204/59

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Düsseldorf	Az.:	45 X M	12362
			47 X S	17823
			45 X M	12604
			45 X M	13564
			41/45 X K.	16957
	Kempfen/Nd. Rh.	Az.:	X	168/60
			X	126/64
			X	31/66
	Kleve	Az.:	5Xa	31/64
			WX	602
	Krefeld	Az.:	4XB	174/68
			4XM	962/68
	Lennepe	Az.:	X	284/48
Mönchengladbach	Az.:	16 MX	741/61	
		16 EX	767/65	
		16 HX	914/64	
Oberhausen/Rhld.	Az.:	17 X	414/66	
		18 X	181/59	
Rees	Az.:	2X	534/64	
		1X	1080/68	
Rheydt	Az.:	4VIII	16749	

3. Bayern

Amtsgericht	Alzenau i. Ufr.	Az. : X 16/63
	Aschaffenburg	Az. : X 322/63
		X 244/65
		X 260/67
	Bamberg	Az. : X 737/69
		X 116/69
	Burglengenfeld	Az. : X126/127/63
		X 84/60
		X 181/51
		X 143/49

Amtsgericht	Coburg	Az.: 2X	282/67
	Donauwörth	Az.: X	175/63-X 198/63
	Friedberg		
	in Bayern	Az.: X	205/67
		X	191/65
	Garmisch-Parten-		
	kirchen	Az.: X	282/58
		X	23/67
		X	50/67
	Hemau	Az.: X	63/54
		X	54-52/59
	Karlstadt	Az.: X	128/69
	Kelheim	Az.: X	61/61
		X	230/58
	Kronach	Az.: X	148/66
		X	113/56
		X	123/64
	Neuburg/Donau	Az.: X	226/68
		X	133/69
	Parsberg/Opf.	Az.: X	31/62
		X	373/68
	Rothenburg ob		
	der Tauber	Az.: X	98/52
		X	103/57
		X	44/66
		X	338/63
	Waldsassen	Az.: X	93/66
	Weißenburg		
	i. Bayern	Az.: X	251/51
		X	211/52
		X	48/62
		X	83/56
	Würzburg	Az.: X	660/64
		X	1238/66
		X	961/68
		X	490/69
		X	588/69

III. Mittelständische selbständige Gewerbetreibende

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Achern	Az.: FR X 107/58 FR X 114/66 FR X 87/69
	Boxberg/Baden	Az.: FR X1528/56
	Bruchsal	Az.: FR 216/53 FR 162/63 FR X 261/63
	Bühl/Baden	Az.: FR X 235/53 FR X 11/55
	Eberbach	Az.: X 116/62
	Engen/Baden	Az.: FR VII S 115/53 FR X 92/64
	Gengenbach	Az.: X 89/67
	Lahr	Az.: X 188/61
	Neckarbischofs- heim	Az.: UR II 11/60
	Rastatt	Az.: X 10199 X 151/58
	Singen	Az.: FR X 292/69

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Düsseldorf	Az.: 45 X K 18121 41 X K 17978
	Duisburg-Ham- born	Az.: 4 <u>a</u> X 161/54
	Mönchengladbach	Az.: 160X 307/61
	Kleve	Az.: 5Xa 269/59 5MX 596 5 BX 1177
	Rees:	Az.: 2X 39/61

3. Bayern

Amtsgericht	Abensberg	Az.: X	94/56
		X	108/66
	Bamberg	Az.: X	10/55
		X	625/55
	Brückenau	Az.: X	23/68
	Burglengenfeld	Az.: X	201/57
		X	248/52
	Coburg	Az.: 2X	199/68
		2X	176/69-X 177/69
	Donauwörth	Az.: X	313/62-X 309/62
		X	159/63
		X	185/65
		X	62/66
		X	4/69-X 269/68
	Friedberg		
	i. Bayern	Az.: X	353/49
		X	256/63
	Fürth/Bayern	Az.: X	309/69
	Garmisch-Parten-		
	kirchen	Az.: X	199/65
		X	140/66
	Haßfurth	Az.: X	58/66
		X	107/58
		X	94/56
	Heman/Opf.	Az.: X	29/69
	Kelheim	Az.: X	128/66
	Kronberg	Az.: X	117/69
		X	17/68
		X	90/53
		X	222/63
		X	114/66-X 115/66
	Kronach:	Az.: X	297/66
		X	56/49
		X	148/52
	Miltenberg	Az.: X	96/68
	Mitterfels	Az.: X	88/51
		X	202/52
	Münchberg	Az.: X	110/58
		X	195/56

Amtsgericht	Naila	Az. : X	54/58
		X	132/60
		X	13/69
	Obernburg/Main	Az. : X	185/56
	Neuburg/Donau	Az. : X	4/50
		X	439/51
		X	504/51
		X	265/52
	Parsberg/Opf.	Az. : X	15/53
		X	52/57
	Starnberg	Az. : X	394/67
		X	248/67
	Waldsassen	Az. : X	83/54
	Weißenburg		
	i. Bayern	Az. : X	69/54
		X	200/66
		X	235/60
		X	41/56
	Würzburg	Az. : X	772/67
		X	773/67
		X	774/67
		X	1295/68
		X	397/69

IV. Freiberuflichtätige Selbständige

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Achern	Az. : FR X	155/63
		FR X	111/67
	Breisach/Rh.	Az. : X	49/56
	Engen	Az. : FR X	23/64
	Gengenbach	Az. : X	32/68

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Oberhausen/Rhld.	Az. : 6X	72/58
-------------	------------------	----------	-------

3. Bayern

Amtsgericht	Donauwörth	Az.:	X	131/67
	Münchberg	Az.:	X	163/53
	Neuburg/Donau	Az.:	X	342/67
			X	360/67
	Starnberg	Az.:	X	332/68
			X	101/68
			X	325/66-X 153/66
	Würzburg	Az.:	X	343/65
			X	652/69
			X	657/69

V. Arbeiter

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Achern	Az.:	FR X	41/52
			FR X	51/55
			FR X	100/55
			FR X	20/56
			FR X	203/59
			FR X	115/61
	Boxberg/Baden		FR X	106/63
		Az.:	FR X	1919/62
			FR X	2355/67
	Bühl	Az.:	FR X	185/61
	Bruchsal	Az.:	FR X	216/64
			FR X	325/66
			FR X	37/59
	Engen/Baden	Az.:	FR X L	128/57
	Mannheim	Az.:	3 UR II	5985/69
	Neckarbischofs-			
	heim	Az.:	UR II	7/62
	Rastatt	Az.:	X	316/56
			X	149/60
			X	5/61
			1X	41/66
			1X	317/69
	Schwetzingen	Az.:	FR	18/67
	Stockach	Az.:	FR X	78/62

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Duisburg-Hamborn	Az.: 4AX	394/63
	Kempfen/Nd. Rh.	Az.: X	14227
	Kleve	Az.: 5XA	318/68
		5XA	149/67
		5DX	585
	Rees	Az.: 2X ST	66/54
		2 XD	156/54
		2XD	162/57
		2XP	236/57

3. Bayern

Amtsgericht	Abensberg	Az.: RX	40/61
		RX	160/69
		RX	4/66
	Alzenau/Ufr.	Az.: X	119/68
		X	45/69
	Aschaffenburg	Az.: X	120/68
	Bamberg	Az.: X	444/60
		X	559/63
		X	772/61
		X	167/61
	Burglengenfeld	Az.: X	131/69
		X	3/66
		X	87/65
		X	202/64
		X	95/961
		X	113/59
	Coburg	Az.: 2X	223/67
	Donauwörth	Az.: X	346/59
		X	82/69-X 47/69
	Fürth/Bayern	Az.: X	310/69
	Garmisch-Parten- kirchen:	Az.: X	143/65
		X	106/66
		X	139/66
		X	146/66
	Haßfurth	Az.: X	122/62
	Ingolstadt	Az.: X	111/68
		X	300/60-X 346/60
	Kelheim	Az.: X	243/69
		X	89/66-6 T 6/68

Amtsgericht	Kronach	Az.:	X	127/66-X	128/66
			X	130/66-X	129/66
			X	69/66-X	136/66
			X	155/60	
	Naila	Az.:	X	80/63	
			X	122/69	
			X	7/70	
	Neuburg/Donau	Az.:	X	253/52	
			X	407/56	
			X	80/67	
			X	335/67	
	Obernburg/Main	Az.:	X	55/67	
			X	10/62	
			X	221/56	
	Passau	Az.:	X	510/67	
			X	365/68	
	Starnberg	Az.:	X	240/68	
			X	224/67	
			X	210/67	
			X	353/66-X	85/66
	Sulzbach-Rosenberg	Az.:	X	166/63	
			X	1/64	
			X	22/68	
	Waldsassen	Az.:	X	16/55	
			X	118/56	
	Würzburg	Az.:	X	920/64	
			X	461/69	
			X	660/69	
	Weißenburg/Bay.	Az.:	X	74/53	
			X	387/59	
			X	6/63	
			X	204/64	

VI. Abhängige in leitenden Positionen

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Achern	Az.:	FR X 77/67
	Breisach	Az.:	FR X 39/66
	Gengenbach	Az.:	X 2466/54
	Gernsbach	Az.:	X 144/68
	Mannheim	Az.:	3 UR I 4893/64
			1 FR X 23017/69
	Rastatt	Az.:	X 60/57
	Stockach	Az.:	X 60/57

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Düsseldorf	Az.: 45 X 161o265
	Kempen/Nd. Rh.	Az.: X 16218
	Kleve	Az.: 5LX 611

3. Bayern

Amtsgericht	Alzenau/Ufr.	Az.: X 97/62
		X 58/69
		X 95/66
	Aschaffenburg	Az.: X 618/65
	Bamberg	Az.: X 445/6o
		X 134/63
	Donauwörth	Az.: X 233/54
		X 328/63
		X 3o4/68
	Garmisch-Parten-	
	kirchen	Az.: X 217/68
	Ingolstadt	Az.: X 2o5/66-X 349/66
	Kelheim	Az.: X 45/68
	Mitterfels	Az.: X 31/66
	Starnberg	Az.: X 23/68
	Waldsassen	Az.: X 85/6o
	Weißenburg/Bay.	Az.: X 218/66
	Würzburg	Az.: X 819/65-X 1319/65

VII. Abhängige in mittleren Positionen

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Rastatt	Az.: X 2o7/57
	Schwetzingen	Az.: FRX 45/65

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Mönchengladbach	Az.: 16 LX 87/6o
	Kleve	Az.: 5 LX 592

3. Bayern

Amtsgericht	Alzenau/Ufr.	Az. : X	385/58
	Coburg	Az. : 2X	229/68
	Donauwörth	Az. : X	89/52
		X	158/68-X 150/58
	Garmisch-Parten-		
	kirchen	Az. : X	21/61
		X	33/62
	Karlstadt	Az. : X	149/66
	Kronach	Az. : X	125/66-X 126/66
	Münchberg	Az. : X	192/62
		X	44/69
	Neuburg/Donau	Az. : X	209/60
	Rothenburg ob der		
	Tauber	Az. : X	38/61
	Sulzbach-Rosen-		
	berg	Az. : X	34/66
	Weißenburg	Az. : X	109/62
		X	63/63
	Würzburg	Az. : X	94/64
		X	524/64
		X	348/67

VIII. Sonstige

1. Baden-Württemberg

Amtsgericht	Achern	Az. : FR X	122/51
		FR X	36/57
		FR X	143/58
	Karlsruhe	Az. : IX	944/66
		Az. : UR II	11/52
		FR X	43/65
	Neckarbischofs-	FR X	110/69
		Az. : X	400/64
	Singen		

2. Nordrhein-Westfalen

Amtsgericht	Düsseldorf	Az.:	45 X M 10600
			45 X M 11865
			47 X S 24144
			47 X S 24189
			45 X M 13111
	Kempen	Az.:	X 92/57
	Kleve	Az.:	5 XA 132/64
			5 XA 348/60
			5 VX 460/52
	Krefeld	Az.:	X 12948/50
	Krefeld-Uerdingen "	:	6 X 637/68
	Mönchengladbach	Az.:	16 Sch X 398/61
			16 B X 1293/61
	Oberhausen/Rhld.	Az.:	17 X 36/66
			6 X 30/66
			6 X 29/66
			6 X 572/59
			6 X 627/64
	Rees	Az.:	2 XL 251/55

3. Bayern

Amtsgericht	Abensberg	Az.:	RX 131/60
			RX 97/52
			RX 74/63
	Alzenau	Az.:	X 141/63
	Coburg	Az.:	2X 125-12J/67
	Donauwörth	Az.:	X 363/60
	Friedberg/Bay.	Az.:	X 206/51
	Fürth/Bayern	Az.:	1X 511/46
	Garmisch-Parten- kirchen	Az.:	X 50/68
			X 134/66
	Ingolstadt	Az.:	X 523/68
	Naila	Az.:	X 92/62
	Obernburg/Main	Az.:	X 70/62
	Parsberg/Opf.	Az.:	X 30/60
	Starnberg	Az.:	X 218/68
			X 472/67
	Würzburg	Az.:	X 651/63
			X 953/63

Lebenslauf

Am 19. Mai 1942 wurde ich als Tochter des Studiendirektors Heinrich Crass und seiner Ehefrau Hildegard, geborene Traub, in Stuttgart geboren.

Kurz nach meiner Geburt zogen meine Eltern mit mir nach Florstadt in Hessen, wo ich Ostern 1949 eingeschult wurde. Ostern 1952 trat ich in die höhere Schule in Friedberg, Hessen, ein.

Am 5. März 1962 legte ich am Aufbaugymnasium in Friedberg die Reifeprüfung ab.

Im Sommersemester 1962 studierte ich zunächst Französisch und Englisch an der Universität Heidelberg.

Anschließend wechselte ich zur juristischen Fakultät über.

Im Wintersemester 1963/64 setzte ich mein Studium an der Universität Frankfurt/M. fort. Dort nahm ich an Seminaren von Professor Böhm und Professor Wiethölter teil.

Am 8. Juli 1968 bestand ich in Frankfurt/M. die erste juristische Staatsprüfung.

Seit dem 2. September 1968 bin ich als Gerichtsreferendarin im hessischen Staatsdienst.

Ich bin mit dem Gerichtsreferendar Richard Bickler verheiratet, wir haben eine Tochter.

